



WV METALLE

19.20

Der Geschäftsbericht der
Nichteisen-Metallindustrie

Innovativ. Nachhaltig. Unverzichtbar.
Metalle formen Zukunft.

Eine Bestandsaufnahme

Die Chancen der Krise

Noch bis vor ein paar Wochen galt der Angriff durch einen Computervirus als eines der schlimmsten anzunehmenden Ereignisse, das ein Unternehmen ad hoc und weitestgehend unvorbereitet treffen könnte. Dass ein menschliches Virus unsere Wirtschaft und Gesellschaft weltweit vor noch viel gravierendere Probleme stellen könnte, hatten die wenigsten von uns im Sinn.

Nach der Finanzkrise 2009 erlebt der Globus nun eine zweite symmetrische, das heißt weltweite Krise. Selbst die Älteren unter uns können sich nicht daran erinnern, etwas Derartiges je erlebt zu haben. Diese Krise hat kein Vorbild. Und sie ist sehr teuer – aus rein menschlicher Perspektive aber natürlich auch – und das steht in einem Geschäftsbericht im Fokus – aus ökonomischer Perspektive: In Deutschland kostet der Stillstand des öffentlichen Lebens und großer Teile der Wirtschaft Umsatzvolumina in Höhe von 42 Mrd. Euro pro Woche (!), das entspricht fast dem Jahresumsatz in der NE-Metallindustrie. Die von Bund und Ländern getroffenen Hilfsmaßnahmen summieren sich auf ein Mehrfaches des gesamten Bundeshaushalts. Und auch wenn die Zahl der Neuinfektionen zurückgegangen ist, ist mit einem langen Weg zurück in die Normalität zu rechnen.

In Deutschland kam es nicht zu behördlichen Zwangsschließungen von Betrieben. Dennoch hat die Krise

unmittelbare Auswirkungen auch auf unsere deutsche NE-Metallindustrie.

Die Lage der NE-Metallindustrie

In Deutschland kam es anders als in Italien und Spanien nicht zu behördlichen Zwangsschließungen von Betrieben. Dennoch hat die Krise unmittelbare Auswirkungen auch auf unsere deutsche NE-Metallindustrie. Nach einer Mitgliederumfrage der WVMetalle erwarteten bereits zu Anfang der Krisen-Hochphase in Europa (Mitte März) zwei Drittel der Unternehmen

Lieferengpässe – eine Folge unserer eng verflochtenen Lieferkette mit China. Nur zwei Wochen später (Ende März) gaben in einer Umfrage des Gesamtverbands der Aluminiumindustrie (GDA) 80 Prozent der Aluminiumunternehmen an, dass Auftragseingänge und Abrufzahlen aus der Automobilindustrie stark rückläufig und teilweise vollständig zum Erliegen gekommen waren. Und wieder nur eine Woche darauf (Anfang April) meldeten 96 Prozent aller deutschen NE-Gießereien Auswirkungen

auf deren Betriebsablauf. Ein Drittel aller Betriebe meldeten sogar einen Betriebsstillstand. Die gravierendsten Auswirkungen sind Liquiditätsengpässe, Absatzschwierigkeiten, Zulieferer- und

Lieferantenausfälle sowie Ausfälle der eigenen Mitarbeiter. Besonders im Bereich Arbeitsschutz und Hygiene (Masken, Desinfektionsmittel) gibt es seitdem spürbare Engpässe. Und Mitte April gaben 90 Prozent der Aluminiumunternehmen in der dritten GDA-Befragung Auftragsmangel als maßgebliche Einschränkung für die Produktion an. Krankmeldungen von Arbeitnehmern und logistische Probleme rangierten mit 25 Prozent deutlich dahinter.

Trotzdem gibt es vereinzelte Lichtblicke. Die Auswirkungen fallen je nach Industriebereich unterschiedlich aus: Während Lieferungen in die Automobil- oder Luftfahrtindustrie ein deutliches Minus aufweisen, gibt es Zuwächse im Bau- und Verpackungssektor. Kunden füllen ihre Lager weit über das Normalmaß auf – in der Sorge, zukünftig keine Ware mehr zu bekommen. Hier kann die Produktion aus Deutschland Ausfälle in Italien, Frankreich und Spanien auffangen.

Während Lieferungen in die Automobil- oder Luftfahrtindustrie ein deutliches Minus aufweisen, gibt es Zuwächse im Bau- und Verpackungssektor. Kunden füllen ihre Lager weit über das Normalmaß auf – in der Sorge, zukünftig keine Ware mehr zu bekommen. Hier kann die Produktion aus Deutschland Ausfälle in Italien, Frankreich und Spanien auffangen.

Die Relevanz politischer Kommunikation

In einer solchen Krise ist die politische und kommunikative Arbeit der Verbände wichtiger denn je. Von einem Tag auf den anderen musste und konnte die WVMetalle ihren Betrieb auf mobiles Arbeiten umstellen. Auch außerhalb des gewohnten Arbeitsumfelds nimmt der Verband seine Aufgaben wahr, setzt sich für die Belange der NE-Branche ein und erläutert der Politik, was kurzfristig getan werden muss, um die NE-Metallindustrie in der Krise zu stabilisieren und die Produktion soweit wie möglich aufrecht zu erhalten. Schnelle und unbürokratische Liquiditätsbereitstellung über die KfW und den Wirtschaftsstabilisierungsfonds für große Unternehmen sind eine starke Stütze. Darüber hinaus gilt es aber, einige spezifische Herausforderungen für die NE-Metallindustrie zu betonen, die mit Liquidität allein nicht zu lösen sind. Zentrale Forderungen zur Sicherstellung der Lieferfähigkeit sind darüber hinaus der freie Warenverkehr, die Arbeitnehmerfreizügigkeit und die Anpassung von Fristen im Umwelt- und Energierecht. Gerade hier hat die WVMetalle einen maßgeblichen Beitrag für Erleichterungen und Fristverlängerungen geleistet.

Im Rahmen der Diskussionen über die Systemrelevanz bestimmter Bereiche der Wirtschaft hat die WVMetalle die wichtige Rolle der NE-Metallindustrie als Lieferant von Vorprodukten für den Gesundheitssektor, die Lebensmittelversorgung und die Energieversorgung in den Fokus gestellt. Für diese Wirtschaftszweige leisten die Mitgliedsunternehmen unverzichtbare Beiträge. Denn die NE-Branche ist integraler Bestandteil der Lieferketten. Um es nochmals etwas deutlicher zu formulieren: Ohne den Beitrag unserer Industrie brechen diese Lieferketten in absehbarer Zeit zusammen. Dabei ist die Metallerzeugung in Hütten und Recyclingwerken zur Funktionalität ebenso essenziell wie die Halbzeugwerke und die Fertigungsstätten der fertigen Produkte.

Gemeinsam mit den Branchenverbänden GDA, GDB und BDG hat die WVMetalle binnen Tagen die Onlineplattform „[Corona-Infodesk](#)“ aufgebaut, um Mitgliedsunternehmen schnell mit dringend notwendigen Informationen zu versorgen. Auch Politik, Medien und Fachöffentlichkeit können sich dort über die Folgen des Virus für unsere Industrie informieren. Außerdem können wir mit dem neuen Infodesk gezielt darüber aufklären, ob und wie die Entscheidungen von Politik und Verwaltungen in unseren Unternehmen wirken.

Die Industrie findet sich in dieser Krise wie schon in der Finanzkrise 2009 in der Rolle der Stabilisatorin für die Gesellschaft wieder.

Und wie geht es nun weiter? Was können wir von der nahen Zukunft erwarten? Der Weg aus der Krise in eine „neue“ Normalität erweist sich als schwerer und länger als zunächst angenommen. Das Wiederaufstarten der Produktion kostet erst einmal Geld, zum Beispiel für den Einkauf von Vorprodukten. Anders als in Italien oder Spanien wurden zum Glück keine

Produktionsanlagen flächendeckend stillgelegt. Die Erfahrungen mit der Finanzkrise 2009 haben gezeigt, dass sich Erholungseffekte schnell und nachhaltig einstellen können. Die in der Krise überlebenswichtige Kreativität, Flexibilität und Innovationsfreude unserer Industrie werden dazu ihren Beitrag leisten.

Die Industrie findet sich in dieser Krise wie schon in der Finanzkrise 2009 in der Rolle der Stabilisatorin für die Gesellschaft insgesamt wieder – und vielleicht auch als Gestalterin von Lösungswegen aus dieser Krise. Die zahlreichen spontanen Hilfsaktionen von Unternehmen bei der Bekämpfung des Coronavirus werden bei Bevölkerung und Politik hoffentlich im Gedächtnis bleiben. Auch unsere Branche hat mit Mundschutzmasken, Desinfektionsmitteln und weiteren Hygieneartikel-Spenden ihren Beitrag geleistet. Eine Lehre für die Politik?

Die Rolle des Klimaschutzes wird weiterhin wichtig bleiben. Und es ist auch richtig, staatliche Konjunkturprogramme an den Zielen des Klimaschutzes zu messen.

Elementare Bausteine zum Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit

Schon heute bewirkt die Pandemie global eine Ausbalancierung des politischen Zielradars. In Deutschland müssen wir noch besser erklären, dass Krisenzeiten keine langfristig orientierten Investitionen ermöglichen, sondern es oft um das reine Überleben der Unternehmen geht. Die Rolle des Klimaschutzes wird weiterhin wichtig bleiben. Und es ist auch richtig, staatliche Konjunkturprogramme an den Zielen des Klimaschutzes zu messen. Der Klimaschutz darf bei den Hilfen aber nicht das dominante Ziel sein. Einige politische Entscheidungsträger scheinen noch keinen realen Blick auf die akuten Sorgen und Nöte der Unternehmen in der Krise zu haben. Wer deutlich weniger oder gar keine Umsätze mehr macht, ist nicht in der Lage, die gewährten Mittel für Investitionen in Energieeffizienz und neue, klimaschonende

Produktionsverfahren einzusetzen. Dafür braucht es eigene Programme. Das Geld der Krisenhilfe kann und muss dazu dienen, die Produktion wieder hochzufahren und die Insolvenz zu vermeiden.

Die WVMetalle zeigt die Bedeutung der Industrie gerade in der Krise. Die Defizite der industriellen Wertschöpfung sind mit Händen greifbar. Ein Kontinent wie Europa ist nicht in der Lage, sich ausreichend mit Schutzmasken und Hygienematerial zu versorgen, weil die Produktion der dafür notwendigen Grundstoffe in Asien erfolgt. Nicht auszudenken, wenn wir in der Krise nicht in der Lage gewesen wären, Lebensmittel- und Pharmaverpackungen herzustellen. Wieder einmal zeigt sich, wie wichtig es ist, die gesamte industrielle Wertschöpfungskette in Europa zu erhalten und zu stärken. Grundstoff- und NE-Metallerzeugung sind mit Risiken und mit Auswirkungen auf Umwelt und Gesundheit verbunden. Daher ist es richtig, diese Risiken zu minimieren. Die Krise zeigt, wie elementar es ist, alle politischen Instrumente daraufhin zu prüfen, welche Folgen sie für die internationale Wettbewerbsfähigkeit der industriellen Wertschöpfung in Europa haben. In der politischen Debatte könnten daher Fragen zum Klimaschutz, zu Handelshemmnissen oder Handelsrestriktionen sowie Risiken durch Rohstoffengpässe und unlauteren Wettbewerb oder durch mögliche weitere Pandemien ein neues Gewicht bekommen. Dies ist die Chance in der Krise.

Veröffentlicht im Mai 2020



Roland Leder

ist Präsident der WVMetalle.

19.20**Der Geschäftsbericht der
Nichteisen-Metallindustrie**

Die gesamte Branche im Fokus

Die deutsche Nichteisen- Metallindustrie im Jahr 2019

Verschaffen Sie sich einen Überblick über die aktuellen wirtschaftlichen Hintergründe der Nichteisen-Metallindustrie

Beschäftigung steigt 2019 nochmals leicht

Die deutsche Nichteisen(NE)-Metallindustrie beschäftigte 2019 rund 112.000 Arbeitskräfte in etwa 650 Unternehmen. Das waren im Jahresdurchschnitt 0,8 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Einschließlich der von der NE-Metallindustrie abhängigen Arbeitsplätze bei Industrie-dienstleistern belief sich die Beschäftigungswirkung auf ca. 260.000 Erwerbstätige.

111.808

Beschäftigte

647

Unternehmen

Vorläufig; Quellen: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden; eigene Erhebungen

Produktionsrückgang 2019

Die metallerzeugenden und -verarbeitenden Unternehmen erzielten 2019 eine Produktion von 8,0 Millionen Tonnen (minus vier Prozent gegenüber 2018). Die Corona-Krise stellt alle weiteren konjunkturellen Risiken (Transformationsprozess in der Automobilindustrie,

Brexit, Handelsstreit) in den Schatten und dürfte 2020 in der NE-Metallindustrie zu einem deutlichen Produktionsrückgang gegenüber dem Vorjahr führen.

8,0

Produktion (Mio. t)

Vorläufig; Quellen: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden; eigene Erhebungen

Beinahe 90 Prozent des Absatzes blieben in der Europäischen Union

Der Umsatz der NE-Metallindustrie lag 2019 insgesamt bei 52,6 Milliarden Euro. Davon verdiente die Branche 89 Prozent (46,6 Milliarden Euro) in der Europäischen Union einschließlich dem Vereinigten Königreich beziehungsweise 51 Prozent (27,1 Milliarden Euro) im Inland. 25,5 Milliarden Euro wurden auf ausländischen Märkten erwirtschaftet. Das entsprach einer Ausfuhrquote von 49 Prozent. Im Vereinigten Königreich wurde mit vier Prozent deutlich weniger als in den Vorjahren abgesetzt.

52,6

Umsatz (Mrd. €)

25,5

davon Ausland (Mrd. €)

Vorläufig; Quellen: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden; eigene Erhebungen

Absatzmärkte für Rohmetall und Halbzeug

Deutschland ist Nettoexporteur von Halbzeug und Nettoimporteur von Rohmetall

Deutschland ist Nettoexporteur von Halbzeug. Jedoch litt die exportstarke Halbzeugindustrie unter einer 20 Prozent niedrigeren Auslandsnachfrage in Höhe von 2,7 Millionen Tonnen. Dem stand eine Einfuhr von 2,1 Millionen Tonnen gegenüber. Das waren knapp sieben Prozent unter dem Vorjahresniveau. Andererseits ist Deutschland nicht nur Nettoimporteur von Erz und Konzentrat, sondern auch von Rohmetall. Mit anderen Worten: Deutschland führt erheblich mehr Rohmetall ein als es exportiert. Hier spiegelt sich die Abhängigkeit der deutschen Industrie von Rohmetallimporten wie Aluminium, Nickel, Zink, Zinn und etlichen Seltenmetallen aus dem Ausland wider. Die Rohmetalleinfuhr sank 2019 um acht Prozent gegenüber dem Vorjahr auf 3,9 Millionen Tonnen. Der Export von Rohmetall stieg um sechs Prozent auf 947.000 Tonnen. Die gesamte Branche sieht mit Sorge die weltweit zunehmenden protektionistischen Entwicklungen, die bereits zu Marktverzerrungen führen.

29,2

Energieeinsatz 2018 (Mrd. kWh)

16,3

davon Strom (Mrd. kWh)

Vorläufig; Quellen: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden; eigene Erhebungen

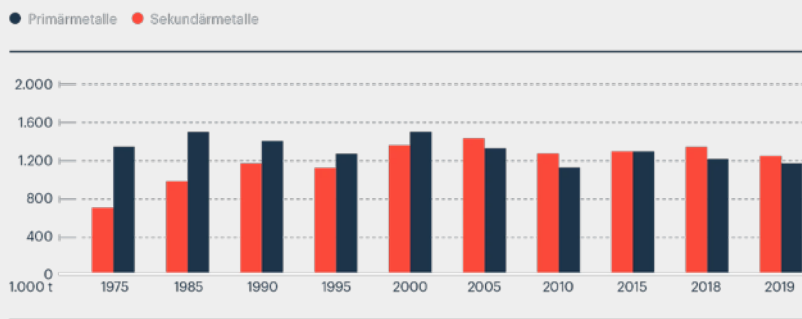
NE-Metalle werden gebraucht, nicht verbraucht

Endproduktbezogene Recyclingquoten (End of Life) belaufen sich beispielsweise für Aluminium, Kupfer und Zink aus dem Baubereich sowie für Blei aus Altbatterien auf etwa 95 Prozent und für Aluminium aus dem Verpackungsbereich auf rund 90 Prozent. Die wiedergewonnenen Metalle sind Rohstoffe für Recyclinghütten, Gusslegierungshersteller, Halbzeugindustrie (erste Bearbeitung) und Hersteller von Gussteilen. In der Rohmetallerzeugung lag die Recyclingquote 2019 in Abhängigkeit von der Schrottverfügbarkeit bei 52 Prozent. Eine sichere Verfügbarkeit von Erzen, Konzentraten und Schrotten ist die Basis für die Produktion von Rohmetall und Halbzeug in der Branche.

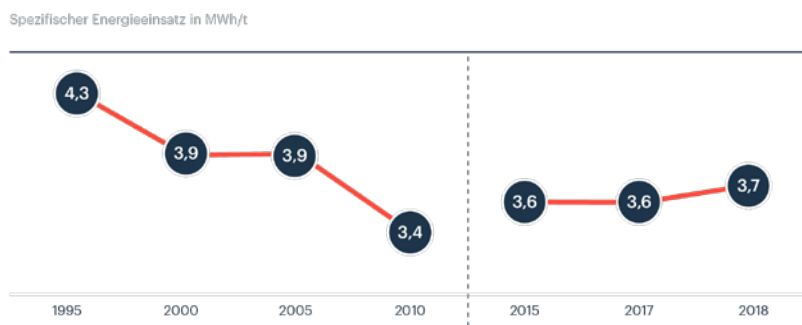
Die NE-Metallindustrie stabilisierte ihren spezifischen Energieeinsatz auf niedrigem Niveau

Der spezifische Energieeinsatz sank seit 1995 deutlich und verharrte in den Jahren 2015 bis 2018 bei rund 3,6 bis 3,7 Megawattstunden je Tonne. Neben einer permanenten Verbesserung der Energieeffizienz wirken sich Änderungen im Produktportfolio der Branche in den vergangenen 20 Jahren positiv aus. Einerseits stieg die Bedeutung der weniger energieintensiven Rohmetallerzeugung aus Sekundärmetallen während die sehr energieintensive Rohmetallerzeugung aus Erz zurückging. Andererseits spielt die Metallverarbeitung gegenüber der Rohmetallerzeugung eine zunehmende Rolle. Damit war auch ein merklicher Rückgang des spezifischen Energieeinsatzes verbunden.

Zunehmende Bedeutung der Rohmetallerzeugung aus Sekundärmaterialien



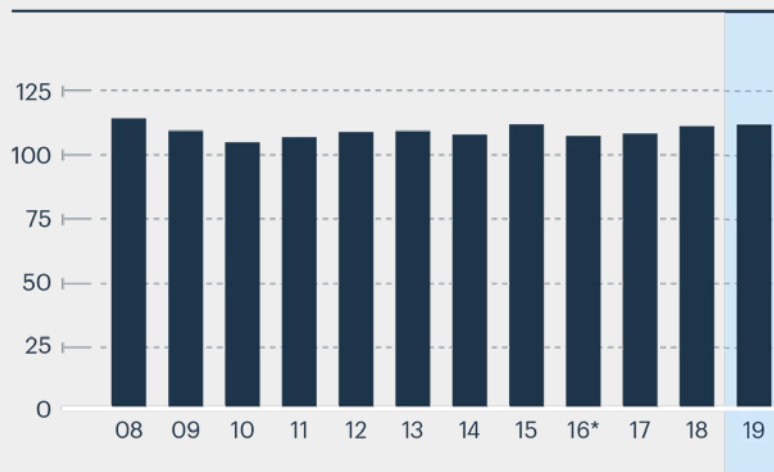
Nichteisen-Metallindustrie stabilisiert den spezifischen Energieeinsatz auf niedrigem Niveau



Hinweis: 2015 hat sich die Anzahl der Betriebe erhöht, die ihren Energieeinsatz melden. Ein Vergleich mit dem Vorjahr führt zu Fehlinterpretationen.
Daten für 2019: im Herbst 2020 verfügbar; Erzeugung, Halbbezug, Guß;
Quelle: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden; eigene Berechnung

Beschäftigte

Anzahl in 1.000

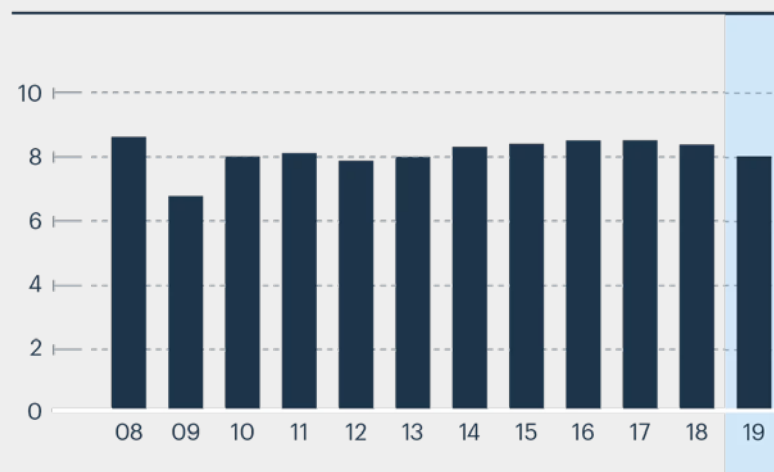


* Geänderte Berechnungsgrundlage; 2019: vorläufig;

Quellen: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden; eigene Erhebungen

Produktion

Rohmetall, Halbzeug, Guss und Weiterverarbeitung, in Mio. t



2019: vorläufig;

Quellen: Gesamtverband der Aluminiumindustrie, Gesamtverband der Deutschen Buntmetallindustrie, Bundesverband der Deutschen Gießerei-Industrie

Das Börsenhandelsvolumen der Industriemetalle lag 2019 um ein Vielfaches über der jeweiligen Weltproduktion

NE-Rohmetalle wurden seit Beginn des Rohstoffbooms 2005/2006 verstärkt gehandelt. In Folge der Verlangsamung der weltwirtschaftlichen Dynamik sank 2019 auch der Umsatz der Industriemetalle insgesamt an der London Metall Exchange (LME) spürbar gegenüber dem Vorjahr. Davon ausgenommen legte bei Nickel und Zinn der Börsenumsatz um drei bzw. fünf Prozent zu. So wurde jede produzierte Tonne Nickel im Durchschnitt über 70-mal, Zink über 50-mal, Kupfer annähernd 40-mal, Blei rund 25-mal und Aluminium über 20-mal an der Börse umgesetzt.

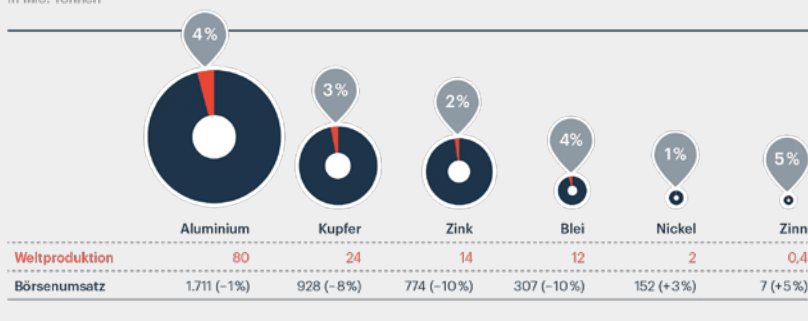
Metallbörsenpreise mit Ausnahme von Nickel im leichten Sinkflug

2019 tendierten die Metallnotierungen an der Londoner Metallbörse in Euro im Jahresdurchschnitt insgesamt nach unten, mit Ausnahme von Nickel (siehe nachfolgende Tabelle und Diagramme). So verzeichnete Aluminium sogar einen zweistelligen Rückgang im Vorjahresvergleich, gefolgt von Zink (minus acht Prozent) und Blei (minus sechs Prozent). Eher moderat war das Minus bei Kupfer und Zinn. Nickel fiel etwas aus der Reihe mit einem deutlichen Anstieg von zwölf Prozent gegenüber dem Vorjahr. Sowohl die rückläufige Weltkonjunktur als auch der im Jahresdurchschnitt deutlich niedrigere Ölpreis und eine Abwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar im Jahresverlauf 2019 beeinflussten die Börsenpreisentwicklung der NE-Metalle. Investoren kaufen oft Rohstoffe wie Kupfer und Öl als Teil eines sogenannten Korbs, sodass ein Anstieg des einen Rohstoffs sich tendenziell auch auf die übrigen Rohstoffe im Korb auswirkt. China hat einen erheblichen Anteil an der weltweiten Produktion und Verwendung von Rohmetallen. So beeinflussten die nachlassende chinesische Konjunktur sowie das Verhältnis von Rohmetallerzeugung und -bedarf in China die Metallpreisentwicklung an den Börsen stark.

Veröffentlicht im Mai 2020

Anteil der Weltproduktion am Börsenumsatz 2019

in Mio. Tonnen



Vorläufig:
 Quellen: raffiniertes Aluminium/Zinn – World Metal Statistics, World Bureau of Metal Statistics, Ware, Großbritannien; raffiniertes Kupfer – International Copper Study Group, Lissabon, Portugal; Zink- und Bleibörsen – International Lead and Zinc Study Group, Lissabon, Portugal; raffiniertes Nickel – International Nickel Study Group, Lissabon, Portugal; Börsenumsatz – London Metal Exchange, London; eigene Berechnungen; Stand: März 2020

Entwicklung der Börsenpreise von NE-Metallen

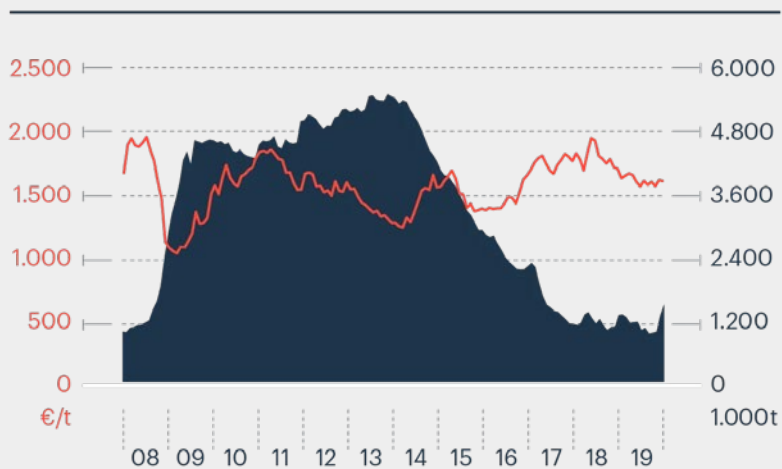
	2018 in €/t	2019 in €/t	in %
ALUMINIUM	1.785	1.600	-10
KUPFER	5.519	5.362	-3
BLEI	1.896	1.785	-6
ZINK	2.468	2.274	-8
ZINN	17.058	16.641	-2
NICKEL	11.096	12.445	+12

Jahresdurchschnitt:

Quellen: London Metal Exchange, London; eigene Berechnungen

Aluminium Börsenpreis

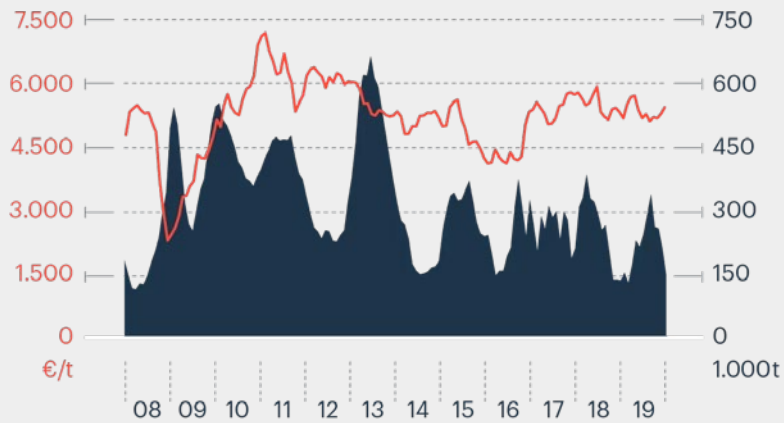
- LME-Bestand zum Monatsende
- LME-Kassa Monatsdurchschnitt



Quelle: LME, London; eigene Berechnungen

Kupfer Börsenpreis

● LME-Bestand zum Monatsende
● LME-Kassa Monatsdurchschnitt



Quelle: LME, London; eigene Berechnungen

Zink Börsenpreis

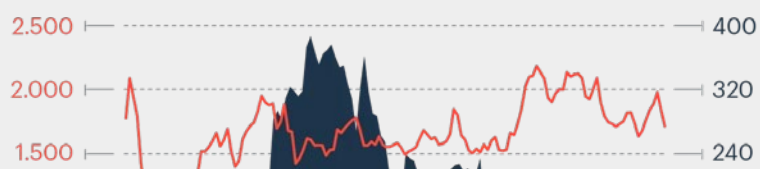
● LME-Bestand zum Monatsende
● LME-Kassa Monatsdurchschnitt

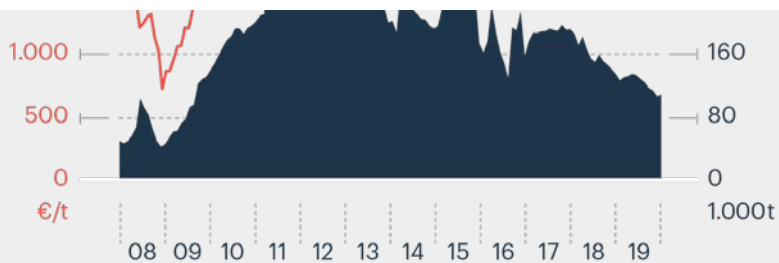


Quelle: LME, London; eigene Berechnungen

Blei Börsenpreis

● LME-Bestand zum Monatsende
● LME-Kassa Monatsdurchschnitt





Quelle: LME, London; eigene Berechnungen

Nickel Börsenpreis

● LME-Bestand zum Monatsende
● LME-Kassa Monatsdurchschnitt



Quelle: LME, London; eigene Berechnungen

Zinn Börsenpreis

● LME-Bestand zum Monatsende
● LME-Kassa Monatsdurchschnitt





Oliver Eisenberg

erstellt Konjunktur-, Quartalsberichte
und Monatsnotizen für die
WVMetalle.

Die Nichteisen-Metallindustrie im Detail

Die Situation der Teilbranchen

Die NE-Metallindustrie gliedert sich in Leichtmetall (Aluminium und Magnesium), Buntmetall (Kupfer, Zink, Blei, Nickel und Zinn), Selten- und Edelmetalle sowie in die Produktionsstufen Erzeugung (Rohmetall), Halbzeug (Bänder, Bleche, Stangen, Profile, Rohre und Drähte), Weiterverarbeitung, Guss und Feuerverzinkung.

Aluminiumindustrie sieht 2020 als Herausforderung

Die deutsche Aluminiumindustrie beschäftigte 2019 rund 39.000 Mitarbeiter/-innen in etwa 180 Unternehmen. Die Branchenkonjunktur war zweigeteilt. Wachstum in der Halbzeugfertigung standen Rückgänge in den Bereichen Rohaluminium und Weiterverarbeitung gegenüber. Insgesamt verharrte die Produktion der Aluminiumindustrie 2019 auf dem Vorjahresniveau von 4,1 Millionen Tonnen. Der Umsatz der Branche lag 2019 bei 16 Milliarden Euro, davon acht Milliarden Euro auf ausländischen Märkten. Das entsprach einer Exportquote von 50 Prozent. 2020 wird herausfordernd: Die Corona-Krise überlagert aktuell die bestehenden Unsicherheiten im Zusammenhang mit dem Brexit und den Handelsstreitigkeiten. Hinzu kommt der Transformationsprozess in der Automobilwirtschaft als strukturelle Herausforderung. Die größte Bedrohung resultiert jedoch aus regional ungleichen Wettbewerbsbedingungen und der hiermit einhergehenden Einfuhrflut chinesischer Produkte.

2019 wurden von der deutschen Aluminiumindustrie 1,2 Millionen Tonnen **Rohaluminium** erzeugt, sieben Prozent weniger als im Jahr davor. Die Herstellung von Rohaluminium teilte sich auf 508.000 Tonnen Hüttenaluminium und 692.000 Tonnen Recyclingaluminium auf. Der Recyclinganteil am Rohaluminium betrug 2019 etwa 58 Prozent. Global sank die Produktion von Rohaluminium 2019 gemäß World Bureau of Metal Statistics um 0,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr auf 79,8 Millionen Tonnen, wovon 53 Prozent in China hergestellt wurden. In Folge der protektionistischen Maßnahmen der Vereinigten Staaten stieg zwar die Produktion von Primäraluminium dort um 25,6 Prozent auf 1,1 Millionen Tonnen. Das wurde jedoch durch den Rückgang in der Fertigung von Sekundäraluminium um sieben Prozent auf 3,4 Millionen Tonnen überkompensiert, was letztendlich zu einem Minus in der

US-Rohaluminiumproduktion von 0,5 Prozent auf 4,5 Millionen Tonnen führte. Die weltweite Verwendung von Primäraluminium nahm um 1,5 Prozent ab. China fragte 2019 bereits 57 Prozent der globalen Primärerzeugung nach.

Die Erzeugung von **Aluminiumhalbzeug** (erste Bearbeitung zu Walz-, Strangpressprodukten, Leitmaterial und Draht) belief sich 2019 auf 2,6 Millionen Tonnen und lag fünf Prozent über dem Vorjahr. Darunter stieg die Produktion von Halbzeug aus Aluminium und -legierungen ebenfalls um fünf Prozent auf 2.571.000 Tonnen. Der größte Anteil an der Halbzeugfertigung entfiel auf die Walzwerke, die über ein Drittel der europäischen Walzproduktion ausmachten. Die Hersteller von Walzprodukten wiesen 2019 ein Plus von neun Prozent gegenüber dem Vorjahr auf zwei Millionen Tonnen aus. Dagegen lag die Produktion von Press- und Ziehprodukten mit 541.000 Tonnen um knapp zehn Prozent unter dem Vorjahresniveau. Die Fertigung von Leitmaterial blieb im Vorjahresvergleich stabil bei 6.000 Tonnen.

Die **Aluminiumweiterverarbeitung** stellte 2019 mit 11.000 Beschäftigten in etwa 50 Unternehmen insgesamt 354.000 Tonnen her. Die Produktion verringerte sich damit gegenüber dem Vorjahr um sechs Prozent. Während die Fertigung von Folien und dünnen Bändern sowie die Ausbringungsmenge von Tuben, Aerosol- und sonstigen Dosen um je sechs Prozent auf 278.000 Tonnen beziehungsweise 43.000 Tonnen sanken, ging die Produktion von Pulver schätzungsweise um fünf Prozent auf 33.000 Tonnen zurück. Der Umsatz der Aluminiumweiterverarbeitung belief sich auf 3,1 Milliarden Euro, davon wurden 1,4 Milliarden Euro im Ausland erzielt.

Aluminiumrecycling schließt Rohstoffkreisläufe und leistet somit einen substanziellen Beitrag zur Rohstoffversorgung und zur nachhaltigen Entwicklung in der Aluminiumindustrie. Nachhaltigkeit ist ein zentrales Anliegen der Aluminiumindustrie. Deutschland blieb 2019 wie in den Jahren zuvor Nettoexporteur von Aluminiumschrotten. 2019 lagen die Ausfuhren zum sechsten Mal in Folge über der Marke von einer Million Tonnen. Diese Menge ging größtenteils in die Nachbarländer, insbesondere nach Italien, Österreich und Polen. Der Export nach China stieg 2019 erstmals seit drei Jahren wieder um neun Prozent gegenüber dem Vorjahr auf 38.000 Tonnen.

Produktion nach Produktionsstufen

	2018	2019	
	in t	in t	+/- (%)
NICHTEISEN-METALLE GESAMT	8.362.170	8.015.288	-4
ERZEUGUNG^{2,3}	2.529.188	2.385.607	-6
Aluminium aus Erz	528.868	507.934	-4
Aluminium aus Recycling	761.713	691.907	-9
ALUMINIUM GESAMT	1.290.581	1.199.841	-7
raffiniertes Kupfer und Kupfergusslegierungen	700.223	627.651	-10
Zink, Blei, Zinn und deren Legierungen	538.384	558.115	+4
BUNTMETALLE GESAMT	1.238.607	1.185.766	-4
HALBZEUG^{2,3}	4.278.250	4.129.805	-3
Al und Al-Legierungen	2.453.541	2.570.931	+5
Al-Leitmaterial	5.887	5.904	0
ALUMINIUM GESAMT	2.459.428	2.576.835	+5
Cu und Cu-Legierungen	966.971	803.383	-17
Cu-Leitmaterial	685.194	599.015	-13
KUPFER GESAMT	1.652.165	1.402.398	-15
ANDERE BUNTMETALLE	166.657	150.572	-10
BUNTMETALLE GESAMT	1.818.822	1.552.970	-15
GUSS⁴	1.176.694	1.145.652	-3
Aluminium	1.020.013	996.127	-2
Magnesium	18.198	15.472	-15
LEICHTMETALLGUSS GESAMT	1.038.211	1.011.599	-3
Kupfer und Kupferlegierungen	79.278	77.225	-3
Zink und Zinklegierungen	59.205	56.828	-4
BUNTMETALLGUSS GESAMT	138.483	134.053	-3
ALUMINIUMWEITERVERARBEITUNG²	378.038	354.224	-6
FOLIEN UND DÜNNE BÄNDER	297.413	278.199	-6
TUBEN, AEROSOL- UND SONSTIGE DOSEN	45.683	42.925	-6
METALLPULVER	34.942	33.100	-5

2019 vorläufig; ¹ Änderung gegenüber dem Vorjahr;
 Quellen: ² Gesamtverband der Aluminiumindustrie,
³ Gesamtverband der Deutschen Buntmetallindustrie,
⁴ Bundesverband der Deutschen Gießerei-Industrie

Die Buntmetallindustrie rechnet für 2020 mit einer rückläufigen Produktion

Die deutsche Buntmetallindustrie (Kupfer, Zink, Blei, Nickel, Zinn und Seltenmetalle) beschäftigte 2019 rund 31.000 Mitarbeiter/-innen in 260 Unternehmen und erwirtschaftete einen Umsatz von knapp 18 Milliarden Euro. Die Branche verzeichnete einen Produktionsrückgang von zehn Prozent gegenüber dem Vorjahr. Damit wurden insgesamt 2,7 Millionen Tonnen produziert. Die einzelnen Teilbranchen entwickelten sich sehr unterschiedlich.

Die Fertigung der gesamten **Rohmetallerzeuger** ging im Jahr 2019 im Vorjahresvergleich um vier Prozent auf 1,2 Millionen Tonnen zurück. Darunter verzeichnete die Produktion von raffiniertem Kupfer und Kupfergusslegierungen produktionstechnisch bedingt ein Minus von zehn Prozent im Vergleich zum Vorjahr und sank auf 628.000 Tonnen. Die Ausbringungsmenge von Zink, Blei, Zinn und deren Legierungen wuchs im selben Zeitraum um vier Prozent auf 558.000 Tonnen.

Die globale Produktion von **raffiniertem Kupfer** sank 2019 gemäß International Copper Study Group (ICSG) um 0,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr auf 23,9 Millionen Tonnen. China weitete seine Produktion nochmals um 4,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr auf ein neues Rekordniveau von 9,7 Millionen Tonnen aus. Das waren knapp 41 Prozent der Weltproduktion. Die globale Kupfernachfrage ging zwar 2019 leicht um 0,8 Prozent auf 24,3 Millionen Tonnen zurück. Dennoch steigerte China seine Nachfrage um 1,4 Prozent auf 12,7 Millionen Tonnen und kam somit allein auf einen Anteil von 52 Prozent des Weltbedarfs. Insgesamt entstand global ein Produktionsdefizit von 519.000 Tonnen. Die weltweite Bergbauproduktion sank 2019 um 0,7 Prozent auf 20,4 Millionen Tonnen. Die ICSG rechnet für 2020 mit einer Weltproduktion von 25,3 Millionen Tonnen und einer Nachfrage von 25,0 Millionen Tonnen raffinierten Kupfers. Damit würde der Angebotsüberhang etwa 300.000 Tonnen betragen.

Die weltweite **Primärverhüttung von Zink** verzeichnete 2019 zwischen Produktion und Verwendung laut International Lead and Zinc Study Group (ILZSG) ein Marktdefizit von 183.000 Tonnen. Die Weltzinkproduktion lag mit 13,5 Millionen Tonnen 2,6 Prozent über dem Vorjahresniveau. Nach einer Zunahme der chinesischen Produktion um 8,8 Prozent auf 6,2 Millionen Tonnen stieg Chinas Anteil an der Weltproduktion auf 46 Prozent. Die Weltnachfrage verharrte knapp über dem Vorjahresniveau bei 13,7 Millionen Tonnen. Davon fanden 48 Prozent in China Verwendung. Die globale Minenproduktion wuchs 2019 um 0,9 Prozent auf 12,9 Millionen Tonnen.

Der Weltmarkt für **raffiniertes Blei und Bleilegierungen** war 2019 weitgehend ausgeglichen. So überstieg die Produktion des Metalls dessen Verwendung lediglich um 15.000 Tonnen. Die Fertigung lag mit 11,8 Millionen Tonnen annähernd auf Vorjahresniveau (minus 0,1 Prozent). China hatte sowohl einen Anteil an der Weltproduktion als auch an der globalen Verwendung von jeweils 42 Prozent, versorgte sich also überwiegend selbst mit metallischem Blei und trat in Europa primär als Anbieter von weiterverarbeiteten Produkten wie Batterien auf. Der Anteil an recyceltem Blei an der Gesamtproduktion lag in der Europäischen Union bei 77 Prozent und in China gerade einmal bei 43 Prozent. Die globale Minenproduktion stieg 2019 um 0,7 Prozent auf 4,7 Millionen Tonnen Bleiinhalt im Konzentrat.

Die Produktion der gesamten **Halbzeughersteller** (erste Bearbeitung zu Bändern, Blechen, Stangen, Profilen, Rohren und Draht) sank 2019 gegenüber dem Vorjahr um 15 Prozent auf 1,6 Millionen Tonnen. Darunter wies der größte Bereich, die Herstellung von Halbzeug aus Kupfer und Kupferlegierungen, einen Rückgang von 17 Prozent auf 803.000

Tonnen aus. Maßgeblich hierfür waren sowohl brancheninterne strukturelle Gründe als auch die Umstellung der Automobilindustrie auf neue Antriebsarten. Die Fertigung von Halbzeug aus blankem Kupferleitmaterial verringerte sich im vergangenen Jahr um 13 Prozent auf 599.000 Tonnen und die Produktion im Bereich für Halbzeug aus Zink, Blei, Zinn, Nickel und deren Legierungen um zehn Prozent auf 151.000 Tonnen.

Schwächeres Jahr für Nichteisen-Metallgießereien

Die deutsche NE-Metallgießerei-Industrie wies 2019 rund 37.000 Beschäftigte in knapp 200 Unternehmen aus. Der Branchenumsatz belief sich auf sieben Milliarden Euro. 2019 produzierten die NE-Metallgießereien insgesamt etwa 1,1 Millionen Tonnen. Damit bewegte sich die Fertigung um knapp drei Prozent unter dem Niveau des Vorjahres. Darunter ging die Produktion im bedeutendsten Bereich, in den Aluminiumgießereien, um zwei Prozent auf 996.000 Tonnen zurück. Die Magnesiumgießereien verzeichneten ein Minus von 15 Prozent auf 15.000 Tonnen. Die Fertigung von Kupfergussteilen sank im selben Zeitraum um drei Prozent auf 77.000 Tonnen und die Produktion der Zinkgießereien um vier Prozent auf 57.000 Tonnen. Während die Gussproduktion von Komponenten für den Maschinenbau um 17 Prozent zurückging, nahm die Produktion für den Fahrzeugbau um zwei Prozent ab. Dabei betrug der Anteil von Komponenten für den Straßenfahrzeugbau 80 Prozent. Insgesamt ging das Auftragsvolumen 2019 bei den NE-Metallgießereien um elf Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum zurück. Bei den Aluminiumgießereien sind die Bestellungen mit 948.000 Tonnen um neun Prozent verglichen zum Vorjahreszeitraum gesunken. Die Magnesiumgießereien meldeten ein Auftragsniveau von 15.000 Tonnen, was einem Minus von 14 Prozent gegenüber dem Vorjahr entspricht. Die Gießereien, welche Kupferlegierungen verarbeiten, verbuchten mit 73.000 Tonnen ein Auftragsminus von 21 Prozent. Die Aufträge an die Zinkgießereien sanken um 20 Prozent auf 56.000 Tonnen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Das Exportvolumen für 2019 lag mit 140.000 Tonnen um sieben Prozent unter dem Vorjahresniveau. Die Auftragsreserven lagen Ende November bei rund 240.000 Tonnen. Die Reichweite der Auftragsbestände unterschritt mit 2,5 Monaten den langjährigen Durchschnitt von vier Monaten spürbar.

Feuerverzinkungsindustrie 2019 weiterhin auf hohem Niveau

Die deutsche Feuerverzinkungsindustrie als wichtiger Zinkanwender verfehlte im Jahr 2019 das gute Vorjahresergebnis bezüglich der Verzinkungstonnage um 2,5 Prozent, bewegte sich aber dennoch weiterhin auf einem hohen Niveau. Der Branchenumsatz sank im selben Zeitraum um vier Prozent. Mit 4.800 Erwerbstätigen blieb im Jahr 2019 die Zahl der Beschäftigten in den knapp 150 Verzinkereien im Vergleich zum Vorjahr stabil. Verwendet werden die Produkte der Branche in den Bereichen Bauwesen (51 Prozent), Industrierausrüstung (12 Prozent), Fahrzeug/Transport (12 Prozent), Straßenausstattung (7 Prozent), Gartenbau/Landwirtschaft (6 Prozent) und Sonstige (12 Prozent).

Veröffentlicht im Mai 2020



Oliver Eisenberg

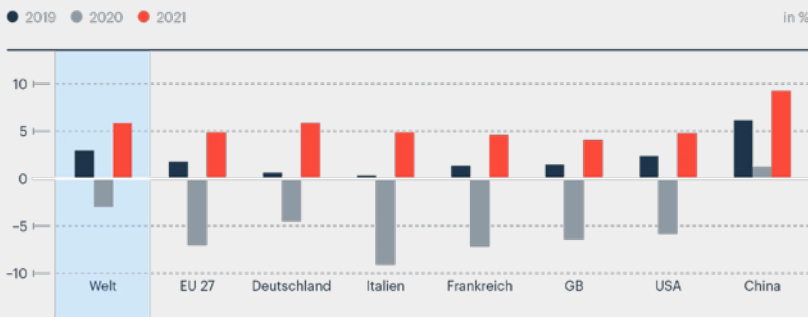
erstellt Konjunktur-, Quartalsberichte
und Monatsnotizen für die
WVMetalle.

Die Lage der Weltkonjunktur

Weltwirtschaft 2019 ohne Schwung

Die weltwirtschaftliche Expansion ließ im vergangenen Jahr nach. Handelskonflikte der Vereinigten Staaten mit China und der Europäischen Union sowie das Risiko eines ungeordneten Brexits belasteten den Welthandel und die Investitionstätigkeit im Jahresverlauf. Deutschlands Industrie steckte in einer Rezession.

Weltwirtschaftswachstum*



* Änderung des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Vorjahr in Prozent; 2020, 2021: Prognosen; ausgewählte Länder/Regionen sortiert nach ihrem Anteil am Absatz der deutschen NE-Metallindustrie 2019 in Tonnen.
Quellen: Deutschland – Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, 8. April 2020; restliche Länder/Regionen – Internationaler Währungsfonds, World Economic Outlook, 14. April 2020

Die **Weltwirtschaft** wuchs im Jahr 2019 nur noch um 2,9 Prozent. Der Welthandel verlangsamte sich sogar auf 0,9 Prozent. Das vorige Jahr war geprägt von immer wieder neuen Handelsstreitigkeiten zwischen den Vereinigten Staaten und China einerseits sowie der Europäischen Union andererseits. Nach Einführung von zehnpromzentigen US-Zusatzzöllen auf Aluminium- und Stahleinfuhren aus der Europäischen Union im Jahr 2018 verlagerte sich der Streit 2019 auf Subventionen für Airbus beziehungsweise Boeing. Infolgedessen setzten die Vereinigten Staaten 2019 Vergeltungszölle überwiegend auf landwirtschaftliche Produkte und Flugzeugteile aus der Europäischen Union in Kraft. Als politisches Druckmittel besteht nach

wie vor die Einführung von US-Zusatzzöllen auf Fahrzeuge und Fahrzeugteile aus der Europäischen Union. Ebenso wenig konnte im Vorjahr ein ungeordneter Brexit ausgeschlossen werden, was den Handel zwischen Europäischer Union und dem Vereinigten Königreich bereits spürbar lähmte und Investitionen im Vereinigten Königreich dämpfte. Somit trübte sich die Weltkonjunktur in der Breite ein. Deutschlands Industrie steckte bereits 2019 in einer Rezession und drohte, den Dienstleistungssektor anzustecken. Europas vormaliger Wachstumsmotor Deutschland stockte 2019 und führte zu einer konjunkturellen Abkühlung in den ökonomisch stark vernetzten europäischen Volkswirtschaften. China wurde durch den Handelskonflikt mit den Vereinigten Staaten ausgebremst und wies eine abnehmende, wenn auch weiterhin hohe Wachstumsrate aus. Infolge von COVID-19 dürfte der Welthandel 2020 um elf Prozent einbrechen. Im nächsten Jahr wird wieder mit einer Aufwärtsbewegung um mehr als acht Prozent gerechnet. Die Weltwirtschaft dürfte im laufenden Jahr um drei Prozent schrumpfen und im kommenden Jahr wieder um 5,8 Prozent wachsen.

Deutschland wies 2019 mit 0,6 Prozent ein deutlich niedrigeres Wirtschaftswachstum aus als ein Jahr zuvor. Das Inland war für die deutsche NE-Metallindustrie mit Abstand der größte Absatzmarkt. Hier wurden 2019 rund 51 Prozent des Branchenumsatzes erzielt. Maßgeblich für die deutliche Wachstumsabschwächung waren eine spürbar nachlassende Dynamik der Auslandsnachfrage, eine Industrierezession sowie eine zunehmende Zurückhaltung bei Ausrüstungsinvestitionen. Die privaten Konsumausgaben stiegen dank hoher Beschäftigung, steigender Reallöhne und niedriger Zinsen um 1,6 Prozent. Noch deutlicher erhöhte der Staat dank der guten Haushaltslage seinen Konsum um 2,6 Prozent.

2019 wurden 0,9 Prozent mehr Waren exportiert als im Vorjahr. Die Einfuhr wuchs mit 1,9 Prozent etwas stärker. Somit fiel der Wachstumsbeitrag des Außenhandels zum Bruttoinlandsprodukt mit minus 0,4 Prozentpunkten negativ aus. Während die deutschen Exporte in die drei wichtigsten Auslandsmärkte 2019 im Vorjahresvergleich spürbar stiegen (Vereinigte Staaten: plus 4,7 Prozent, Frankreich: plus 1,4 Prozent und China: plus 3,2 Prozent), sank die Nachfrage aus dem fünftgrößten Auslandsmarkt dem Vereinigten Königreich um 4,2 Prozent. Im Vergleich zu 2015, dem Jahr vor dem Brexit-Votum, war das bereits ein Rückgang um 11,6 Prozent. Die Zahl der Erwerbstätigen stieg im vorigen Jahr um 397.000 auf knapp 45,3 Millionen. In einem weiterhin sehr günstigen Finanzierungsumfeld erhöhten sich die Bruttoanlageinvestitionen insgesamt um 2,6 Prozent. Darunter stiegen die Ausrüstungsinvestitionen nur um 0,6 Prozent und die Bauinvestitionen um 3,9 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Die mit 1,4 Prozent nur sehr moderat gestiegenen Energiepreise bewirkten, dass sich die Inflation wieder von der Zwei-Prozent-Zielmarke der Europäischen Zentralbank nach unten wegbewegte. Vergangenes Jahr war das achte Jahr in Folge, in dem der Staat einen Haushaltsüberschuss erzielte. Dieser belief sich auf annähernd 50 Milliarden Euro.

Ausblick: Im März 2020 hat sich die Stimmung in der deutschen Wirtschaft insgesamt gemäß ifo-Geschäftsklimaindex außergewöhnlich verschlechtert. Maßgeblich war eine Zuspitzung der Corona-Krise in Europa und den Vereinigten Staaten. Im verarbeitenden Gewerbe war der Einbruch der Erwartungen in 70 Jahren Industrieumfragen historisch einmalig. Etliche Unternehmen kündigten Produktionskürzungen an. Dienstleistungssektor, Groß- und Einzelhandel waren – anders als in der Finanzkrise 2009 – gleichermaßen negativ betroffen. Bauunternehmen waren mit ihrer aktuellen Lage zwar noch zufrieden. Dennoch trübte sich deren Ausblick ein. Risiken bestehen im Rahmen der Corona-Krise nicht zuletzt in weitreichenden Produktionsstillegungen und in lang anhaltenden Einschränkungen des öffentlichen Lebens. Dazu kommen Risiken, die bereits vor der Corona-Krise bestanden, wie fortwährende Produktionsprobleme in der Automobilindustrie im Rahmen des Transformationsprozesses hin zur Elektromobilität, anhaltende Handelsstreitigkeiten zwischen den Vereinigten Staaten und China beziehungsweise der Europäischen Union sowie ein unsicherer Ausgang der Verhandlungen zum zukünftigen Verhältnis zwischen der Europäischen Union und dem Vereinigten Königreich. Chancen ergeben sich 2020 in der Erprobung und im Ausbau mobiler Arbeit und digitaler Verwaltung angestoßen durch die Corona-Pandemie, im strukturellen Wandel zur Elektromobilität, im 5G-Breitbandnetzausbau und in einer zunehmenden Digitalisierung. Die Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose geht in ihrem Gutachten vom 8. April 2020 davon aus, dass die deutsche Wirtschaft 2020 um 4,6 Prozent schrumpft. 2021 dürften Aufholeffekte das Wachstum auf 5,8 Prozent erhöhen. Hierfür wurde vorausgesetzt, dass sich die wirtschaftliche Lage über die Sommermonate rasch normalisiert.

Verwendung des Inlandsprodukts

	2019	2020	2021
	in % ggü. Vorjahr	in % ggü. Vorjahr	in % ggü. Vorjahr
Konsumausgaben	1,8	-3,4	6,1
Private Haushalte	1,6	-5,7	7,7
Staat	2,6	2,5	2,6
Anlageinvestitionen	2,6	-2,4	4,4
Ausrüstungen	0,6	-8,9	8,3
Bauten	3,9	0,2	2,8
Sonstige Anlageinvestitionen	2,7	1,8	2,6
Inländische Verwendung	1,0	-3,2	5,7
Exporte	0,9	-10,9	10,1
Importe	1,9	-9,6	10,6
Bruttoinlandsprodukt (preis- und kalenderbereinigt)	0,6	-4,2	5,8

Eckdaten für Deutschland

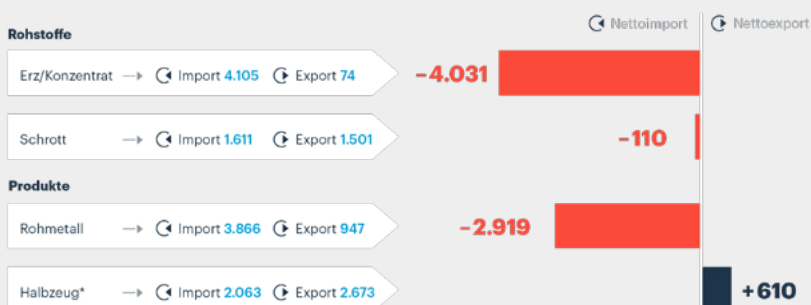
	2019	2020	2021
preis- und kalenderbereinigtes BIP (in %*)	0,6	-4,2	5,8
Erwerbstätige im Inland (in 1.000 Personen)	45.251	44.969	45.232
Arbeitslose (in 1.000 Personen)	2.267	2.503	2.391
Arbeitslosenquote (in %)	5,0	5,5	5,3
Verbraucherpreise (in %*)	1,4	0,6	1,2
Lohnstückkosten (in %*)	3,4	3,4	-0,9
Finanzierungssaldo (in Mrd. €)	49,8	-159,1	-0,8
des Staates (in % des nominalen BIP)	1,4	-4,7	0,0
Leistungsbilanz- (in Mrd. €)	245,5	198,0	215,0
saldo (in % des nominalen BIP)	7,1	5,9	6,0

BIP = Bruttoinlandsprodukt;

* Änderung gegenüber dem Vorjahr; Quellen: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden; Bundesagentur für Arbeit, Nürnberg; Deutsche Bundesbank, Frankfurt am Main; 2020 und 2021: Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, 8. April 2020

Außenhandelssalden 2019

Nichteisen-Metall, in 1.000 t



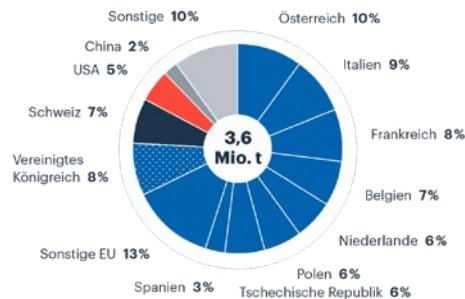
* Einschließlich Folien und Pulver; Deutschland; vorläufig;
Quelle: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden; eigene Berechnung

Export 2019 nach Ländern

Rohmetall und Halbzeug*

Export in EU-Länder** **76%**

Export
3,6 Mio. t (-14,8%*)**
↳ Rohmetall: 0,9 Mio. t (+5,7%***)
↳ Halbzeug: 2,7 Mio. t (-20,3%***)



* Einschließlich Folien und Pulver; ** einschließlich Vereinigtes Königreich (EU-Austritt am 31. Januar 2020); *** Änderung gegenüber Vorjahr; Deutschland; vorläufig;
Quelle: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden; eigene Berechnung

Die **Europäische Union** blieb 2019 die bedeutendste Absatzregion für in Deutschland hergestelltes Rohmetall und Halbzeug. Annähernd 90 Prozent des Branchenumsatzes, rund 47 Milliarden Euro, wurden im europäischen Binnenmarkt (einschließlich des Vereinigten Königreichs) erzielt. Werden nur die Ausfuhren der deutschen NE-Metallindustrie betrachtet, so wurden hiervon 76 Prozent in EU-Partnerländer geliefert. In der Europäischen Union (ohne das Vereinigte Königreich) wuchs das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt 2019 moderat um 1,7 Prozent. Für das laufende Jahr wird mit einem Rückgang der Wirtschaftsleistung um 7,1 Prozent gerechnet. 2021 könnte das Bruttoinlandsprodukt im günstigsten Fall wieder um 4,8 Prozent wachsen. Die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) blieb im letzten Jahr expansiv. Seit März 2016 verharret der Leitzins der EZB auf dem seit Einführung des Euro historisch niedrigsten Zinsniveau von 0,00 Prozent. Der Wert des Euro blieb im Jahresverlauf 2019 (minus 1,4 Prozent) gegenüber dem US-Dollar stabil und lag zum Jahresende bei 1,12 US-Dollar je Euro.

Österreich übernahm 2019 vom Vereinigten Königreich den ersten Platz im Exportländer-Ranking der deutschen NE-Metallindustrie. Die dortige Volkswirtschaft entfaltete im vorigen Jahr mit einem Wachstum von 1,6 Prozent nur wenig Dynamik. Der Rohmetall- und Halbzeugexport nach Österreich stieg leicht um 0,9 Prozent auf 368.000 Tonnen. 27 Prozent davon waren Rohaluminium. Das Bruttoinlandsprodukt dürfte sich nach einem Rückgang um sieben Prozent im laufenden Jahr erst im Jahr 2021 um 4,5 Prozent erholen.

Nach **Italien** wurden 333.000 Tonnen NE-Metalle geliefert, sieben Prozent mehr als im Jahr davor. Darunter entfielen 40 Prozent auf Kupferhalbzeug (überwiegend Kupferdraht, Messingstangen und Kupferband) und ein Drittel auf Aluminiumhalbzeug (zum Großteil Bleche/Bänder) und Aluminiumfolien. Italien spielte mit seiner starken metallverarbeitenden Industrie seit jeher eine bedeutende Rolle als Absatzmarkt für Halbzeug. Italien erhielt 2019 mit seinem Wirtschaftswachstum von 0,3 Prozent die rote Laterne in der Europäischen Union.

In dem von COVID-19 besonders stark betroffenen Land wird 2020 ein Einbruch des Bruttoinlandsprodukts um 9,1 Prozent erwartet. 2021 dürfte die italienische Volkswirtschaft wieder ein Wachstum von 4,8 Prozent erreichen.

Frankreich fragte im vergangenen Jahr mit 304.000 Tonnen zwar elf Prozent weniger Rohmetall und Halbzeug nach als 2018, blieb aber dennoch der drittgrößte Exportmarkt für die deutsche NE-Metallindustrie. Die Ausfuhren nach Frankreich setzten sich zu 30 Prozent aus Aluminiumblechen und -bändern, zu 15 Prozent aus Aluminiumfolien und zu neun Prozent aus Rohaluminium zusammen. Bleche und Bänder aus Kupfer und -legierungen spielten mit einem Anteil von zehn Prozent ebenso eine Rolle. Die Konjunktur im Nachbarland entwickelte sich 2019 mit einem Wachstum von 1,3 Prozent nur wenig dynamisch. Im laufenden Jahr dürfte die französische Volkswirtschaft ein negatives Wachstum von 7,2 Prozent verzeichnen. 2021 wäre ein Anstieg des Bruttoinlandsprodukts von 4,5 Prozent denkbar.

Das **Vereinigte Königreich** war 2019 nur noch der viertwichtigste (2018 der wichtigste) Auslandsmarkt für die deutsche NE-Metallindustrie. Die Ausfuhr in das Vereinigte Königreich sank um 35 Prozent gegenüber 2018 auf 299.000 Tonnen und die Einfuhr um neun Prozent auf 259.000 Tonnen. Ein Großteil der Exporte war Halbzeug – überwiegend Aluminium. Am 31. Januar 2020 trat das Vereinigte Königreich aus der Europäischen Union aus. Der unklare Ausgang der Verhandlungen zum zukünftigen Verhältnis zwischen der Europäischen Union und dem Vereinigten Königreich dürfte Wachstumsmöglichkeiten für die britische Wirtschaft nach der Corona-Krise dämpfen. Das Wirtschaftswachstum lag 2019 bei 1,4 Prozent. Für die folgenden beiden Jahre werden Wachstumsraten von minus 6,5 Prozent beziehungsweise plus vier Prozent erwartet.

Die **Vereinigten Staaten** lagen 2019 als bedeutendste Zielregion außerhalb Europas weiter auf Platz zehn der Exportmärkte der Branche. Fünf Prozent der Ausfuhren von Rohmetall und Halbzeug wurden dorthin geliefert. Mit 185.000 Tonnen im vergangenen Jahr waren das acht Prozent mehr als ein Jahr zuvor und sogar 25 Prozent mehr als 2017. Trotz der Mitte 2018 in Kraft getretenen zehnprozentigen US-Zusatzzölle auf Aluminiumeinfuhren aus der Europäischen Union stiegen 2019 die US-Importe von Rohaluminium und Halbzeug einschließlich Folien aus Deutschland um ein Fünftel gegenüber 2018. Die Vereinigten Staaten spielten insbesondere als Absatzmarkt für Halbzeug eine große Rolle. 68 Prozent der Branchenexporte waren aus dem Bereich Aluminium, weitere 27 Prozent stammten aus der Kupferindustrie und vier Prozent von Nickelhalbzeugherstellern. Die Vereinigten Staaten wiesen 2019 ein solides Wirtschaftswachstum von 2,3 Prozent aus. Maßgeblich hierfür waren eine Steigerung der Staatsausgaben und ein deutlicher Anstieg des privaten Konsums, der zu etwa 70 Prozent zum Bruttoinlandsprodukt der Vereinigten Staaten beiträgt. 2019 senkte die US-Notenbank den Leitzins dreimal bis auf einen Zinskorridor zwischen 1,5 und 1,75 Prozent zum Jahresende. Mit Zuspitzung der Corona-Krise in den Vereinigten Staaten wurde der Leitzins Mitte März sogar auf einen Zinskorridor zwischen 0,00 und 0,25 Prozent festgelegt. 2020 dürfte die US-Wirtschaft mit einem Rückgang des Bruttoinlandsprodukts um 5,9 Prozent abschließen. Im kommenden Jahr wird mit einem Wachstum von 4,7 Prozent gerechnet.

China hat durch seine riesige Nachfrage nach Rohstoffen (Erze und Konzentrate) und nach Rohmetallen sowie seinen hohen Anteil an der globalen Produktion von Rohmetall und Halbzeug einen enormen Einfluss auf den Weltmarkt für Metalle. Sorgen bereiten die hohen Überkapazitäten in der Grundstoffindustrie. Die deutschen NE-Metall-Unternehmen haben dort investiert, um die Abnehmerindustrien vor Ort zu beliefern. Daher spielt China für den deutschen Export von Rohmetall und Halbzeug nur eine relativ unbedeutende Rolle. So wurden 2019 gerade einmal 67.000 Tonnen nach China ausgeführt, sieben Prozent weniger als ein Jahr zuvor. Seit Mitte 2017 wurden die chinesischen Vorschriften für Schrotteinfuhren mehrfach verschärft. Dementsprechend brachen die deutschen Exporte von NE-Metallschrotten nach China im darauffolgenden Jahr bereits um 38 Prozent auf 145.000 Tonnen ein. Diese Entwicklung setzte sich 2019 mit einem weiteren Rückgang um 24 Prozent auf 111.000 Tonnen fort. Besonders minderwertige Schrottqualitäten der Kategorien sechs und sieben waren in China nicht mehr gefragt. Somit ging Chinas Bedeutung vom vormals größten zum fünftgrößten Auslandsmarkt für deutsche NE-Metallschrotte zurück. Infolge des Handelskonfliktes mit den Vereinigten Staaten wurde ab 2018 besonders chinesisches Halbzeug auf den europäischen Markt umgelenkt. So exportierte China letztes Jahr 116.000 Tonnen Aluminiumhalbzeug und Aluminiumfolien nach Deutschland. Das war nochmals ein leichter Anstieg von gut einem Prozent gegenüber 2018, aber ein deutliches Plus von 39 Prozent verglichen mit 2017. Die Dynamik der chinesischen Wirtschaft ließ im Vergleich zu 2018 mit einer Wachstumsrate von nur noch 6,1 Prozent nach. 2020 dürfte das Wachstum wegen der Corona-Krise auf 1,2 Prozent zurückgehen und im kommenden Jahr auf 9,2 Prozent steigen, falls die Erholung rasch einsetzt.

Veröffentlicht im Mai 2020



Oliver Eisenberg

erstellt Konjunktur-, Quartalsberichte
und Monatsnotizen für die
WVMetalle.

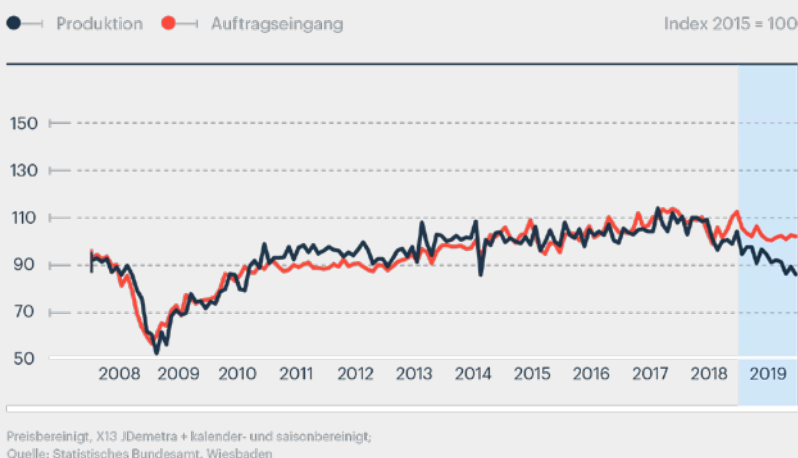
Die nächsten Stufen der industriellen Wertschöpfung

Die Entwicklung in den Abnehmerindustrien

Die Nichteisen-Metallindustrie beliefert alle modernen Schlüsselindustrien und bildet somit die Basis für funktionierende Wertschöpfungsketten.

Die Metalle Aluminium, Kupfer, Zink, Blei und Nickel werden in vielen Anwendungen eingesetzt. Die Hauptabnehmerbranche ist die Automobilindustrie, gefolgt von der Bau-, der Elektrotechnik- und Elektronikindustrie sowie dem Maschinen- und Anlagenbau. Daneben sind die Chemie- sowie die Luft- und Raumfahrtindustrie bedeutende Abnehmer von NE-Metallen. Die sehr dynamische Baukonjunktur konnte 2019 die rückläufige Nachfrage aus den anderen Abnehmerbranchen nicht ausgleichen.

Automobilindustrie



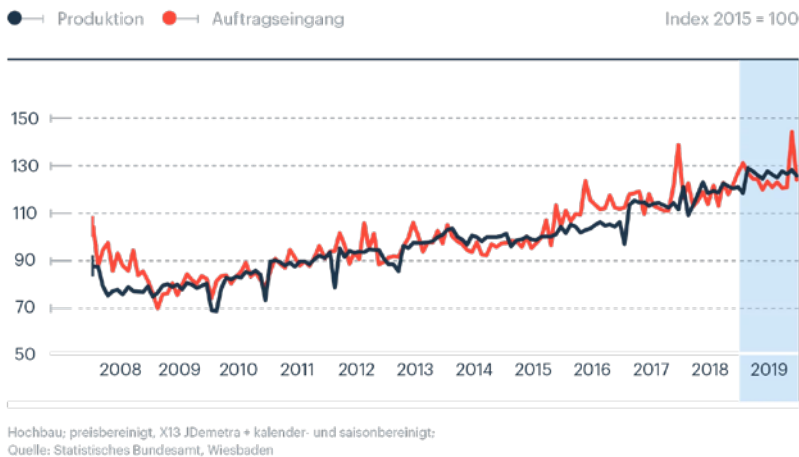
Rund 30 Prozent aller Erzeugnisse aus NE-Metallen werden in der Automobilindustrie verwendet. Die Elektrifizierungstendenz in der Branche bietet neue Anwendungsbereiche, für die sich Metalle mit ihren Eigenschaften besonders eignen. Hierbei erarbeitet die NE-

Metallindustrie gemeinsam mit den Automobilherstellern, -zulieferern und Batterieherstellern innovative Lösungen. Besondere Bedeutung kommt dabei der Aluminiumindustrie zu. 47 Prozent des in Deutschland verarbeiteten Aluminiums werden im Fahrzeugbau verwendet. Durch seine Leichtigkeit in Kombination mit seiner Leitfähigkeit eignet sich Aluminium für Konstruktionsteile und zur Herstellung von Batteriekomponenten, von der Batteriezelle bis zum vollständig integrierten Fahrzeugsystem, von der Kathodenfolie bis zum Gehäuse. Der Anteil an Kupferprodukten, die in der Automobilbranche verwendet werden, liegt bei neun Prozent. Neben dem konventionell angetriebenen Pkw, der mit etwa 25 Kilogramm Kupfer auskommt, weisen reine Elektroautomobile einen Kupferbedarf von rund 70 Kilogramm aus. Bei Bussen erhöht sich der Einsatz auf 200 bis 300 Kilogramm pro Fahrzeug. Weiter spielt Kupfer beim Aufbau der Ladeinfrastruktur eine bedeutende Rolle. Etwa drei Viertel des in Deutschland verwendeten Bleis fließen in die Herstellung von Blei-Säure-Batterien. Ein Großteil dieser Batterien wird in der Automobilindustrie verbaut. Pro Fahrzeug werden aktuell zudem rund zehn Kilogramm Zink eingesetzt.

Lage und Prognose

Zum zweiten Mal seit der Finanz- und Wirtschaftskrise 2009 verkleinerte sich der Weltmarkt für Pkw. So wurde 2019 ein Rückgang um fünf Prozent auf 79,5 Millionen Fahrzeuge verzeichnet. Hauptursache war der Absatzeinbruch im größten Automobilmarkt China um neun Prozent auf 21,1 Millionen Pkw. Dagegen lag der Absatz in Europa mit 15,8 Millionen Pkw knapp über dem Vorjahresniveau (plus ein Prozent). 2019 sanken die Produktion in Deutschland um neun Prozent auf 4,7 Millionen Pkw und die Ausfuhr um 13 Prozent auf 3,5 Millionen Pkw. Maßgeblich hierfür waren zum einen Produktionsverlagerungen in EU-Partnerländer und immer wieder neue Herausforderungen hinsichtlich der Fahrzeugzulassung, beispielsweise ein neues Prüfverfahren zu Verdunstungsemissionen (Evaporative Emission, kurz: EVAP). Die Fertigung von Elektro-Pkw (Batterie-, Plug-in-Hybrid- und Brennstoffzellen-Elektrofahrzeuge) nahm in Deutschland leicht Fahrt auf. So stieg deren monatliche Produktion zuletzt deutlich über 15.000 Pkw. Im vierten Quartal 2019 entsprach das einem Anteil von rund sechs Prozent an der Pkw-Gesamtproduktion. Dagegen blieb die Auslandsproduktion der deutschen Konzernmarken im Jahr 2019 mit 11,4 Millionen Pkw recht stabil (plus ein Prozent).

Für **2020** erwartet der Verband der Automobilindustrie, dass die Inlandsproduktion wegen der temporären Werksschließungen und einer gedämpften Nachfrage in Folge der Coronavirus-Pandemie noch deutlicher einbricht als zur Finanz- und Wirtschaftskrise 2009, als die Inlandsproduktion 14 Prozent einbüßte.



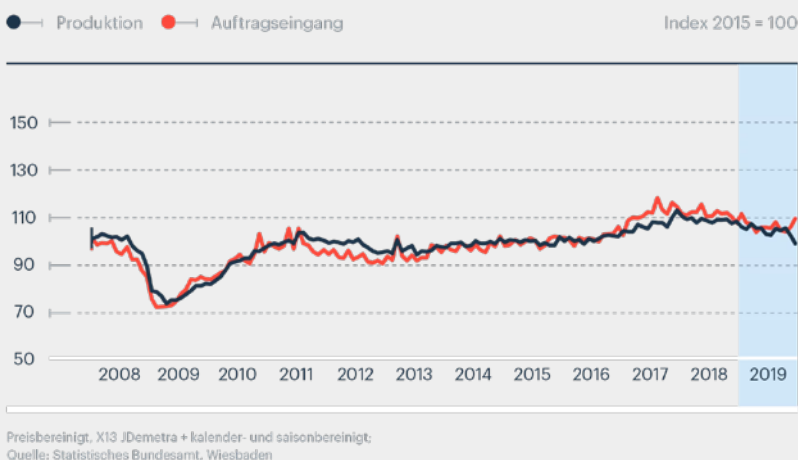
Im Bauwesen, der zweitgrößten Abnehmerbranche, wird eine Vielzahl von Metallen in reiner Form oder als Legierung verwendet. Metalle sind langlebig, leicht zu verarbeiten und korrosionsbeständig. Im Hochbau sind es Dächer und Fassaden, die aus Aluminium, Kupfer oder Zink ausgeführt werden. Die deutsche Aluminium- und Kupferindustrie lieferten im vergangenen Jahr 14 beziehungsweise 15 Prozent ihrer Erzeugnisse in die Baubranche. Aluminium wird für Fenster- und für Türrahmen sowie für Leichtbauelemente verwendet. Ein Großteil dieser Produkte ist farbbeschichtet. Kupfer wird im Gebäude als Installationsrohr für die Wasserverteilung und für Wärmetauscher sowie am Gebäude als Regenrinne und -fallrohr eingesetzt. Messing spielt eine große Rolle bei Sanitärzubehör. Ein Großteil des Zinks wird in feuerverzinkten Produkten im Hochbau als Geländer, Treppe, Zaun, Tor oder Balkon sowie im Tiefbau als Straßenleitplanke, Laterne etc. eingesetzt. Blei wird als Werkstoff im Außenbereich eingesetzt. Es eignet sich besonders zur Ausführung von Verwahrungen und Anschlüssen, aber es werden auch komplette Dächer mit Blei gedeckt – zum Beispiel das Dach des Kölner Doms.

Lage und Prognose

Die dynamische Baukonjunktur setzte sich im vergangenen Jahr fort. 2019 erzielte das deutsche Bauhauptgewerbe ein preisbereinigtes Wachstum von 1,8 Prozent. Gestützt wurde diese Entwicklung insbesondere durch einen starken Auftragseingang. 2019 stieg dieser preisbereinigt um drei Prozent. Zudem erreichte der Auftragsbestand Ende 2019 mit 52 Milliarden Euro ein neues Rekordniveau und lag 13 Prozent höher als ein Jahr zuvor. Maßgeblich für das nominale Umsatzplus im Wohnungsbau von 5,1 Prozent waren das nach wie vor günstige Finanzierungsumfeld und die gute Arbeitsmarktlage. Der Wirtschaftsbau mit einem Umsatzwachstum von neun Prozent profitierte hauptsächlich von Bauinvestitionen der Dienstleister (45 Milliarden Euro) sowie der Ver- und Entsorgungsunternehmen (14 Milliarden Euro). Mit sieben Milliarden Euro spielte die Industrie keine bedeutende Rolle. Somit wirkte sich die Industrierezession kaum auf den Wirtschaftsbau aus. Der öffentliche Bau verzeichnete ein Umsatzplus von 5,8 Prozent.

Der Hauptverband der Deutschen Bauindustrie erwartet angesichts der Corona-Pandemie 2020 nurmehr einen realen Umsatz auf dem Vorjahresniveau. Dabei dürfte der Wohnungsbau leicht wachsen, der Wirtschaftsbau stagnieren und der öffentliche Bau zurückgehen. Gehemmt werden dürfte die Produktion insgesamt durch Auftragsstornierungen, ausbleibende und/oder verzögerte Baustoff- und Baumateriallieferungen, Erkrankungen in der Belegschaft und/oder verschärfte behördliche Auflagen für Baustellen.

Elektrotechnik und Elektronikindustrie



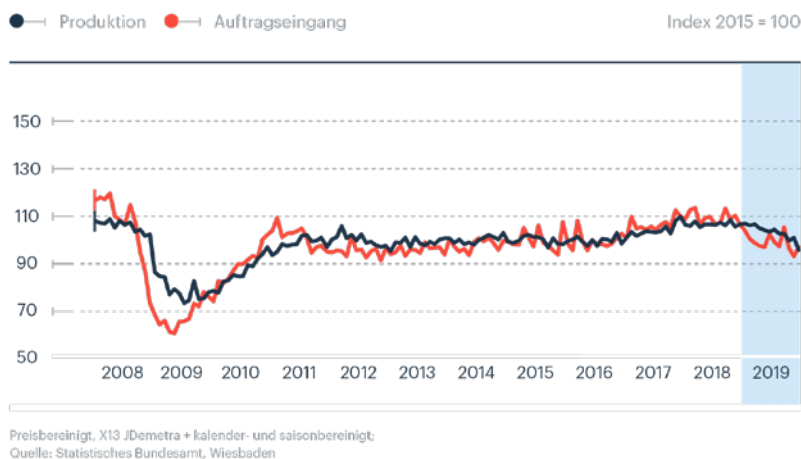
Mehr als 50 Prozent aller Produkte aus Kupfer und Kupferlegierungen gehen in die Elektrotechnik- und Elektronikindustrie, einschließlich der Kabelindustrie sowie der Informationstechnologie und Telekommunikation. In den letzten Jahren kamen neue Anwendungen durch die Digitalisierung als Wachstumstreiber hinzu. Die fortschreitende Elektrifizierung der Fahrzeuge bis hin zum batterieelektrischen Antrieb sowie der Aufbau der hierfür notwendigen Ladeinfrastruktur sind weitere Faktoren, die zukünftig eine Zunahme an Kupferprodukten erwarten lassen. Bei Energieleitungen hat der Kupferdraht einen Anteil von rund 70 Prozent. Im Hochspannungsbereich der Übertragungsnetze spielt Aluminium eine große Rolle. Etwa drei Viertel des in Deutschland verwendeten Bleis fließen in die Herstellung von Blei-Säure-Batterien. Kabelummantelungen aus Blei werden für Unterwasser-Seekabel eingesetzt. Bronzelegierungen sind aufgrund ihrer großen Festigkeit gut geeignet für Steckverbinder – nicht nur im Automobil, sondern auch im Anlagenbau. Der Wechsel zugunsten Nickel-intensiverer Batterietechnologien dürfte langfristig Wachstumstreiber für die Nickelnachfrage werden. Absatzmärkte wie Medizintechnik, Smarte Gebäude, Industrie 4.0, Energie (-effizienz) und Elektromobilität bieten Potenzial für künftiges Wachstum.

Lage und Prognose

2019 verzeichnete die deutsche Elektrotechnik- und Elektronikindustrie einen Rückgang der preisbereinigten Produktion von 4,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Der Auftragseingang sank 2019 insgesamt um 2,9 Prozent. Darunter wies die inländische Nachfrage ein Minus von 4,1 Prozent aus. Kunden aus den Euroländern fragten 3,2 Prozent weniger nach. Die Aufträge aus den Nicht-Euroländern gingen um 1,3 Prozent zurück. Dennoch wurde 2019 mit einem Wachstum von 2,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr auf 216,5 Milliarden Euro ein neuer Ausfuhrrekord erzielt. Die zwei größten Exportmärkte China und die Vereinigten Staaten wiesen Wachstumsraten von 4,3 Prozent beziehungsweise 7,7 Prozent aus. Die Nachfrage aus dem Vereinigten Königreich brach dagegen um 10,4 Prozent ein.

2020 dürfte die preisbereinigte Produktion in der Elektroindustrie unter dem Vorjahresniveau liegen, zumal die Unternehmen laut einer Umfrage zur Corona-Pandemie des Zentralverbands Elektrotechnik- und Elektronikindustrie im April einen Umsatzrückgang von durchschnittlich 14 Prozent erwarten. Darüberhinaus gingen bereits bei 55 Prozent der teilnehmenden Firmen weniger Aufträge ein als vor der Corona-Krise. Weitere 26 Prozent sind sogar mit einem Einbruch der Bestellungen konfrontiert.

Maschinen- und Anlagenbau



Aluminium wird aufgrund seines geringen spezifischen Gewichts häufig bei beweglichen Teilen im Maschinenbau eingesetzt. Rohre aus Kupfer und Kupferlegierungen oder aus Aluminium spielen wegen ihrer Wärmeleitfähigkeit bei der Herstellung von Kühl- und Wärmeanlagen eine große Rolle. Meerwasserentsalzungsanlagen sind ohne die Eigenschaften von Produkten aus Kupfer und seine Legierungen nicht denkbar. Messing wird hauptsächlich bei Sanitär- und Industriearmaturen, zum Beispiel in der Lebensmittelindustrie, verwendet. Blei wird im Schall- und Strahlenschutz und im Anlagen- und Behälterbau als Auskleidung angewendet, um den Konstruktionswerkstoff vor aggressiven Säuren zu schützen. Die

Einsatzgebiete von korrosionsbeständigen Werkstoffen aus Nickel und Nickellegierungen, die einen Nickelgehalt über 32 Prozent aufweisen, finden sich zum Beispiel im Großanlagenbau der Chemie-, Öl-, Gas- und Energieindustrie.

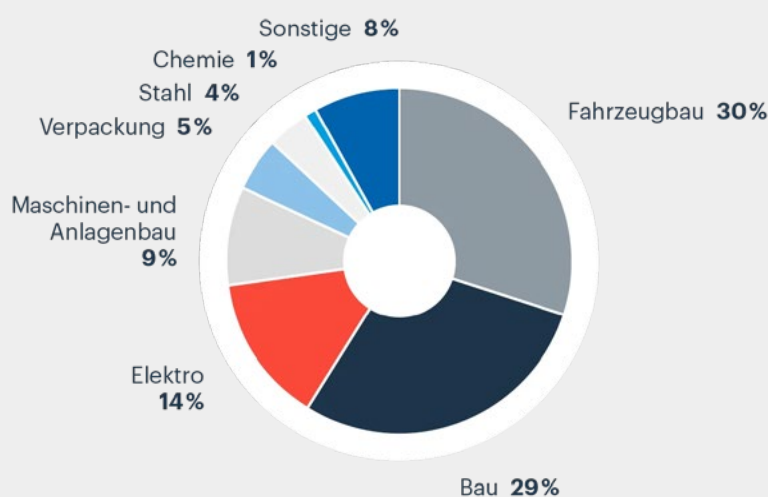
Lage und Prognose

2019 sank die preisbereinigte Produktion des deutschen Maschinen- und Anlagenbaus um 3,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Maßgeblich hierfür war in zunehmendem Maße ein Mangel an Aufträgen. So nahm der preisbereinigte Auftragseingang 2019 um neun Prozent gegenüber dem Vorjahr ab. Die Ausfuhren gingen im vorigen Jahr preisbereinigt um 1,5 Prozent zurück. Darunter stiegen die Exporte in den bedeutendsten Absatzmarkt, die Vereinigten Staaten, um 4,3 Prozent. Dagegen verzeichnete der zweitgrößte Markt China einen Rückgang um 1,1 Prozent. Die Lieferungen in das Vereinigte Königreich sanken spürbar um 5,8 Prozent. Laut ifo Institut, München sank die Kapazitätsauslastung im Januar 2020 von 89,2 Prozent vor einem Jahr auf 84,1 Prozent.

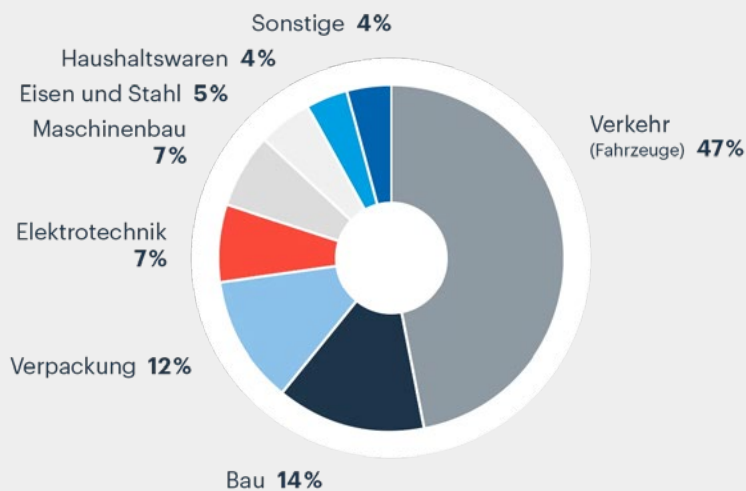
Der Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau rechnet für **2020** mit einem Rückgang der preisbereinigten Produktion um fünf Prozent gegenüber dem Vorjahr. Die Corona-Krise dämpft zunehmend die Investitionsbereitschaft der Industrie.

Veröffentlicht im Mai 2020

Verwendung Nichteisen-Metalle

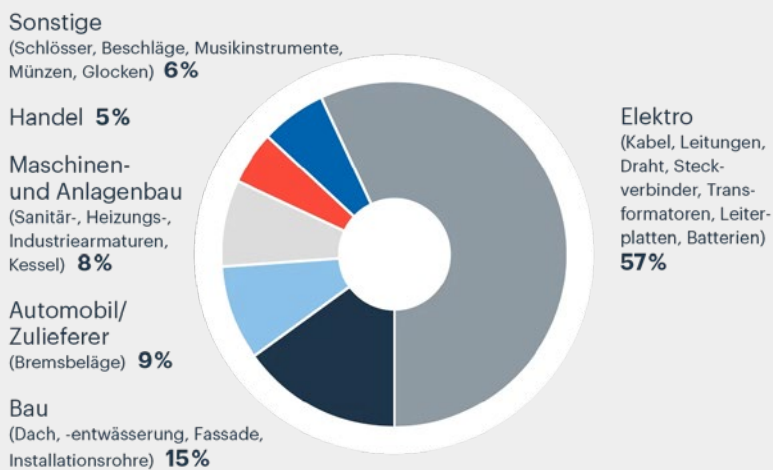


Verwendung Aluminium



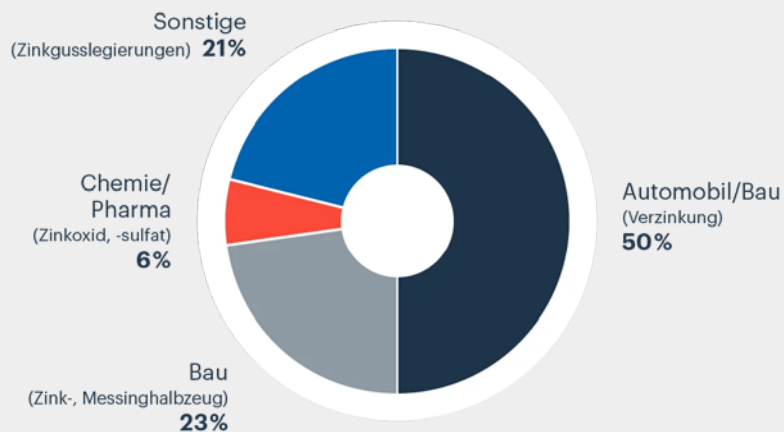
Schätzung Deutschland;
Quelle: Gesamtverband der Aluminiumindustrie

Verwendung Kupfer



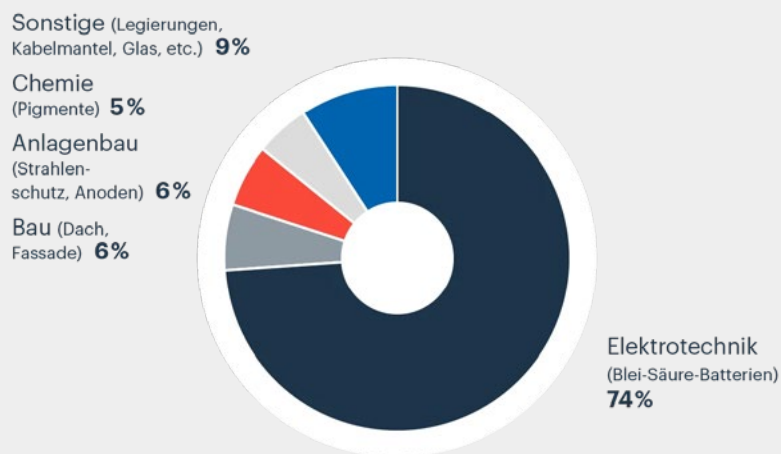
Schätzung Deutschland;
Quelle: Gesamtverband der Deutschen Buntmetallindustrie

Verwendung Zink



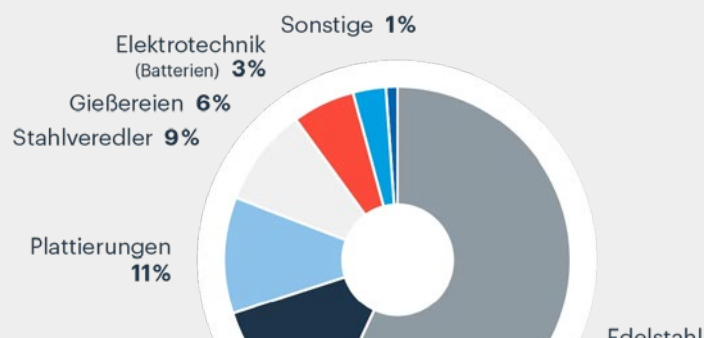
Schätzung weltweit;
Quellen: International Lead and Zinc Study Group; eigene Darstellung

Verwendung Blei



Schätzung Deutschland;
Quelle: Gesamtverband der Deutschen Buntmetallindustrie

Verwendung Nickel



Nickellegierungen
13%

Eisenstahl
(Automobil, Bau,
Maschinenbau)
57%

Schätzung Deutschland;
Quellen: Gesamtverband der Deutschen Buntmetallindustrie;
World Bureau of Metal Statistics



Oliver Eisenberg

erstellt Konjunktur-, Quartalsberichte
und Monatsnotizen für die
WVMetalle.

Wie Circular Economy funktioniert

Von den Besten lernen

Seit Menschen Metalle nutzen, werden sie recycelt. 80 Prozent des jemals erzeugten Kupfers und 75 Prozent des jemals erzeugten Aluminiums sind nicht verloren, sondern noch heute in der aktiven Nutzung. Recyclingfähigkeit steckt in der DNA von Metallen.

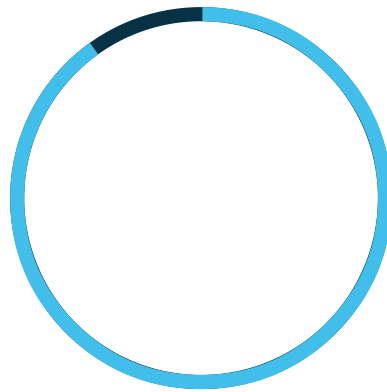
Aluminium, Kupfer, Zink, Nickel oder Blei lassen sich als natürliche Elemente der Erdkruste nämlich nicht nur einmal, sondern unbegrenzt oft im Kreislauf führen. Aufgrund des hohen Materialwertes von Metallschrotten setzt der Markt genügend Anreize zur Sammlung und Wiederverwendung; über die Jahrhunderte hat sich dadurch ein ständig wachsendes Materialreservoir aufgebaut, das bereits unzählige Male im Kreislauf geführt wurde und auf das die Menschheit in zunehmendem Maße zur Rohstoffversorgung zurückgreifen kann.

Aktuelle Zahlen belegen: Die Hälfte des Materialwerts des gesamten anthropogenen Materiallagers in Deutschland geht allein auf Metalle zurück. Auf Basis heutiger Schrottpreise wächst der Wert des deutschen Nichteisen(NE)-Metalllagers von derzeit 132 Mrd. Euro bis 2050 auf 245 Mrd. Euro. Umgerechnet auf jeden deutschen Bürger wächst der Wert dieses Lagers Jahr für Jahr um etwa 36 Euro bis 2050 auf etwa 3.065 Euro.

Einsparpotentiale mittels Recycling

Anders als bei vielen anderen Materialien verlieren Metalle beim Recycling nicht an Qualität (Downcycling) und der Aufwand an Rohstoffen und Energie sowie der Ausstoß an CO₂ sind fast immer deutlich niedriger. Das theoretische CO₂-Einsparpotenzial bei Kompletterschließung des gesamten deutschen NE-Metalllagers durch Recycling würde 2050 rund 634 Mio. Tonnen betragen, dies entspricht dem gut 3,9-fachen der aktuellen CO₂-Emissionen des Verkehrsbereichs in Deutschland. Allein durch das Recycling von mehr als 700.000 Tonnen Kupfer werden in Deutschland jährlich 141 Mio. Tonnen Rohstoffe gegenüber der Gewinnung von Kupfer aus Erzen eingespart. Bei allen Vorteilen des Recyclings gilt

allerdings: Auch eine Erzeugung von Metallen aus Erzen wird aufgrund weltweit steigender Metallnachfrage für Zukunftstechnologien wie erneuerbare Energien, Hochleistungsnetze, E-Mobilität, Kommunikation oder Leichtbau bis auf Weiteres notwendig bleiben.



90 %

Recyclingquote

Die Recyclingquoten in den Hauptanwendungsgebieten Bau, Automobile oder Verpackungen liegen bei über 90 Prozent – mit steigender Tendenz.

Metallrecycling für mehr Klima- und Ressourcenschutz

Das Metallrecycling erfüllt wichtige politische Ziele: Es trägt erheblich zum Klimaschutz und zur Ressourcenschonung bei, sichert die Versorgung mit Rohstoffen und mindert die Abhängigkeit von politisch instabilen Rohstoffländern. Die Unternehmen der deutschen NE-Metallindustrie tragen erheblich zu dieser Zielerfüllung bei: Mehr als die Hälfte der in Deutschland hergestellten NE-Metalle wird bereits aus sekundären Rohstoffen erzeugt. Die Recyclingquoten in den Hauptanwendungsgebieten Bau, Automobile oder Verpackungen liegen bei über 90 Prozent – mit steigender Tendenz.

Die Anforderungen der Politik an die Quantität, aber auch an die Qualität des Recyclings steigen. Ein Beispiel: Metallrecycling braucht die gesamte Wertschöpfungskette von Sammlung, Sortierung, Aufbereitung bis hin zum metallurgischen Einschmelzprozess. Die EU-Kommission hat im Rahmen des letzten Circular-Economy-Paketes festgelegt, dass erst der Output eines metallurgischen Recyclingprozesses als Recycling gilt – also die Stufe, in der Primärmaterial durch Recyclingmaterial effektiv ersetzt wird – und nicht bereits die

alleinige Aufbereitung von Metallschrott. Diese Definition entspricht den bereits heute üblichen Bewertungsmaßstäben in Ökobilanzen. Es macht allerdings die Erfüllung stets steigender staatlicher Recyclingquoten anspruchsvoller als bisher.

Metalle und Glas schöpfen ihr vielfaches Mehrwegpotenzial schon heute aus, andere Materialien können und müssen ihre Kreislaufwirtschaftstauglichkeit erst noch unter Beweis stellen.

Die Top-Priorität Green Deal

Die Erwartungen der Politik an das Recycling als Schlüsselinstrument für mehr Klima- und Ressourcenschutz nehmen weiter zu. Die treibende Kraft ist hier zurzeit Europa. Der „[Green Deal](#)“ kündigt als [Top-Priorität](#) ein zweites Aktionspaket zur Circular Economy an. Die politischen Hoffnungen an das Recycling sind dabei enorm. Die weitere Ausgestaltung der Circular Economy gilt nicht nur als wesentliche Säule der europäischen Wirtschaftsentwicklung. Nicht weniger als die Hälfte der notwendigen CO2-Einsparungen auf dem Weg zu einem klimaneutralen Europa 2050 soll durch besseres Recycling erzielt werden! Auch in der Industrie gilt mehr [Recycling als Königsweg zur Verbesserung der Klimabilanz](#).

Für den Erfolg einer echten Circular Economy werden Materialien mit Potenzial für mehrfaches Recycling eine wesentliche Rolle spielen. Eine Pflicht zur Berücksichtigung im neuen Abfallrecht fordert der EU-Gesetzgeber schon heute. Die EU reagiert damit auf das starke Wachstum von Einweg-Materialien, die sich nur einmal oder nur in einer beschränkten Anzahl auf hohem Qualitätsniveau im Kreislauf führen lassen. Metalle und Glas schöpfen ihr vielfaches Mehrwegpotenzial schon heute aus, andere Materialien können und müssen ihre Kreislaufwirtschaftstauglichkeit erst noch unter Beweis stellen.

Veröffentlicht im Mai 2020





Rainer Buchholz

ist Leiter für Kreislaufwirtschaft und Ressourceneffizienz der WVMetalle.

Energieeffizienz mit Zukunft

Mit Mundschutz zum Klimaziel

Kein anderes Thema prägte die politische und die öffentliche Landschaft vor dem Ausbruch der Corona-Pandemie so sehr wie der Klimaschutz. Es verging kein Tag, an dem die Medien nicht darüber berichteten. Dies hat auch seine Berechtigung, denn zweifelsohne gehört der wirksame Schutz des Klimas zu den größten Herausforderungen, die unsere Gesellschaft zu bewältigen hat.

Auch wenn es jetzt zunächst darum geht, neben den gesundheitlichen Auswirkungen für die Bevölkerung den wirtschaftlichen Schaden in Grenzen zu halten und nach hoffentlich bald überstandener Corona-Pandemie die Wirtschaft wieder anzukurbeln, bleibt Klimaschutz eine wichtige Aufgabe. Das heißt aber nicht, dass dem Klimaschutz gegenüber dem kurzfristigen Wiederbeleben der Wirtschaft Vorrang eingeräumt werden darf, wie es zuweilen bereits gefordert wird. Ganz im Gegenteil: Die Erreichung der ambitionierten und langfristigen Klimaziele, die sich Deutschland und die EU gesteckt haben, kann nur gemeinsam mit einer starken Industrie in einer funktionsfähigen Volkswirtschaft angegangen werden.

Hierzu wird auch die Nichteisen(NE)-Metallindustrie weiterhin ihren Beitrag leisten, da sie sich schon lange dem Klimaschutz verpflichtet. Auch deshalb haben sich die Metallproduktion und die -verarbeitung in den letzten Jahrzehnten verändert. Die NE-Branche gehört zu den Industrien, die bereits einen hohen Elektrifizierungsgrad vorweisen. Prozesse haben sich von emissions- zu stromintensiv gewandelt. Aspekte wie Energie- und Ressourceneffizienz haben inzwischen in den Unternehmensstrategien höchste Priorität erlangt. So leistet das Recycling einen enormen Klimaschutzbeitrag, da NE-Metalle nicht nur immer wieder ohne Qualitätsverlust dem Kreislauf zugeführt werden können, sondern der Energiebedarf der Sekundärproduktion zudem auch um ein Vielfaches geringer ist.

Klimaziele im globalen Vergleich

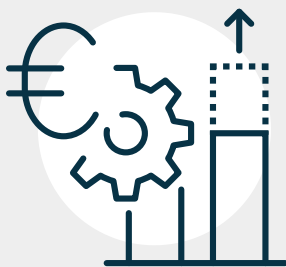
Die Klimaziele der EU waren im Vergleich zu anderen Regionen (namentlich China und USA) ambitioniert und sollen sogar noch ambitionierter werden, denn:



1. Die USA ist aus dem Pariser-Klimaschutzabkommen ausgetreten und muss/will sich somit nicht selbst verpflichten, CO2 einzusparen.
2. China wird auch kein CO2 reduzieren, sondern sich lediglich im Rahmen des Pariser Abkommens selbst verpflichten, bis 2030 seinen Peak an CO2-Emissionen auszustoßen.
3. Die EU wollte die Emissionen erst um 40 %, mit der Kommission von der Leyen jetzt um 50–55 % senken.

Folge/Sorge:

Wettbewerbsnachteil für hiesige Unternehmen durch höhere Produktionskosten



Außerdem hat die NE-Metallindustrie beträchtliche Effizienzsteigerungen vorzuweisen. Moderne Öfen werden eingesetzt und anfallende Abwärme stärker für Produktionsprozesse genutzt. In einer Pilotanlage ist zum Beispiel der weltweit effizienteste Schmelzofen für die Aluminiumprimärproduktion in Norwegen in Betrieb gegangen. Durch die innovative Technologie sinkt der Stromverbrauch je Tonne Aluminium um ca. 15 Prozent.

Vielleicht noch wichtiger als die Effizienzfortschritte in der Produktion sind die Produkte, die die NE-Metallindustrie herstellt. Ob Aluminium für leichtere Flugzeuge, Blei für die Start-Stopp-Batterie, feuerverzinkte Gittermaste für den benötigten Ausbau der Netzinfrastruktur, Kupfer für die Solarthermie, Sondermessinge für kraftstoffeffiziente Motoren – all diese Beispiele zeigen nicht nur die Innovationskraft der deutschen NE-Metallindustrie, sie verdeutlichen vor allem, dass Metallprodukte notwendig für CO₂-Einsparungen in allen Sektoren sind.

Deutschland gehört zu den Ländern mit den weltweit höchsten Umwelt- und Klimaschutzstandards. Daher ist es umso wichtiger, dass auch künftig Klimaschutzprodukte in Deutschland produziert werden können statt zu potenziell schlechteren Umweltbedingungen in anderen Regionen der Welt. Doch wie kann es sein, dass der oben genannte Aluminiumschmelzofen, der von deutschen Ingenieuren mitentwickelt wurde, nicht in Deutschland steht? Dies liegt an den relativ langen Amortisationszeiten, die eine solche Investition mit sich bringt, gepaart mit den bestehenden Klimaschutzregelungen, die den Energieverbrauch in Deutschland und der Europäischen Union deutlich verteuert haben. Der internationale Vergleich zeigt, dass industrielle Wettbewerber in Staaten wie China, den USA und Kanada teils erheblich niedrigere Energie- und Strompreise zahlen müssen als die deutsche Industrie. Der wohl gewichtigere Grund liegt aber an den noch anstehenden Klimaschutzregelungen, die weiterhin steigende Energiepreise erwarten lassen. Dies ist laut Institut der Deutschen Wirtschaft generell der Hauptgrund, warum entgegen dem Trend der übrigen Branchen das Bruttoanlagevermögen der energieintensiven Industrien rückläufig ist. In diesen Industrien nehmen die Investitionen lediglich in Ländern außerhalb der EU zu.

Der internationale Vergleich zeigt, dass industrielle Wettbewerber in Staaten wie China, den USA und Kanada teils

erheblich niedrigere Energie- und Strompreise zahlen müssen als die deutsche Industrie.

Das Brennstoffemissionshandelsgesetz für kleine und mittelständische Unternehmen

Auf nationaler Ebene führt die Bundesregierung zum einen mit dem Brennstoffemissionshandelsgesetz (BEHG) ab 2021 eine signifikante CO₂-Bepreisung für kleine und mittelständische Unternehmen ein, die bisher zwar vom EU-Emissionshandelssystem erfasst, aber nicht zertifikatepflichtig sind. Zum anderen schreibt das Klimaschutzgesetz die CO₂-Reduktion gesetzlich fest und setzt sie damit über alle anderen gesellschaftlichen Ziele. Die darin vorgesehenen Sofortmaßnahmen bei Verfehlung der Sektorziele schließen Eingriffe in das Eigentumsrecht und Produktionsdrosselungen oder -verbote nicht aus.

Man muss konstatieren, dass es derzeit offensichtlich keinen globalen Konsens gibt, wie das Klima zu schützen ist.

Kein globaler Konsens beim Klimaschutz

Auch die EU will, ungeachtet der Klimaschutzaktivitäten anderer Regionen, noch ambitionierter werden. In ihrem Green Deal hat sie angekündigt, das CO₂-Reduktionsziel für 2030 zu verschärfen und bis 2050 Klimaneutralität anzustreben. Obendrein soll es statt eines effektiven Carbon-Leakage-Schutzes lediglich einen Grenzausgleich geben. Dies würde den Wettbewerbsnachteil für die hiesige Industrie nur vergrößern, da der Wegfall des bestehenden Carbon-Leakage-Schutzes die Produktionskosten umgehend erhöhen und somit Kapital in erheblichem Umfang binden würde. Aufgrund der Kapitalbindung ist es für jeden

Unternehmer attraktiver, zu niedrigen Kosten in einem Drittstaat zu produzieren und bei Einfuhren in die EU eine Zusatzzahlung zu tätigen, als zu hohen laufenden Kosten in der EU zu produzieren und für seine Exporte eine Erstattung zu erhalten.

Im Dezember 2019 fand die jüngste Weltklimakonferenz statt. Erneut gab es keine nennenswerten Fortschritte. Man muss konstatieren, dass es derzeit offensichtlich keinen globalen Konsens gibt, wie das Klima zu schützen ist. Vor diesem Hintergrund gewinnt man den Eindruck, dass in Deutschland und in der EU lediglich das Erreichen der selbstgesetzten CO₂-Reduktionsziele im Fokus steht anstatt effektiver Klimaschutz – ersteres um buchstäblich jeden Preis. Dieser Umstand wird weder der Bedeutung des Klimaschutzes noch der Verantwortung, die der Politik zukommt, gerecht und schränkt die Handlungsmöglichkeiten der Industrie für effektiven und effizienten Klimaschutz ein.

Veröffentlicht im Mai 2020



Nima Nader

ist Leiter für Klimapolitik der
WVMetalle.

Metal Alliance for Responsible Sourcing

Die Grenzen der Verantwortung

Seit Mitte der 2000er Jahre gerät der Abbau von metallischen Rohstoffen verstärkt in den Fokus der kritischen Öffentlichkeit. Dabei stehen insbesondere die Arbeitsbedingungen und die Menschenrechtssituation in Afrika im Mittelpunkt. Diese Themen nimmt die NE-Metallbranche sehr ernst und widmet sich deshalb der Sorgfalt in ihrer Lieferkette im Rahmen ihrer neuen Initiative „Mars – Metall Alliance for Responsible Sourcing“.

Als Reaktion auf diese Entwicklung brachte die US-Regierung im Jahr 2010 den Dodd-Frank Act als gesetzlichen Rahmen auf den Weg. Wolfram, Tantal, Zinn und Gold (kurz: 3TG) aus der Demokratischen Republik Kongo und deren Nachbarstaaten durften fortan nur noch mit Nachweisen importiert werden. Daraus entwickelte sich ein weltweites Nachweissystem innerhalb der metallischen Lieferkette. Die Auswirkungen für die Menschen vor Ort waren gravierend. Denn statt Arbeitsbedingungen zu verbessern und Hilfe zur Selbsthilfe zu bieten, zogen sich viele Unternehmen aus der Region zurück, ein De-facto-Embargo für rohstoffreiche Staaten war die Folge.

Das Vereinigte Königreich zog mit dem UK Modern Slavery Act schnell nach, die EU etwas später mit der Verordnung zu Konfliktrohstoffen, die ab 2021 verbindlich wird. Darüber hinaus verabschiedete im Juni 2011 der Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte. Daraus folgte die Aufforderung seitens der EU-Kommission, nationale Leitprinzipien in Kraft zu setzen. Die Kernelemente sind die folgenden:

- Grundsatzerklärung zur Achtung der Menschenrechte
- Verfahren zur Ermittlung tatsächlicher und potenziell nachteiliger Auswirkungen auf die Menschenrechte
- Maßnahmen zur Abwendung potenziell negativer Auswirkungen und Überprüfung der Wirksamkeit dieser Maßnahmen
- Berichterstattung
- Beschwerdemechanismus

Politische Zielsetzungen im Responsible Sourcing

Die Bundesregierung hat sich 2018 im Koalitionsvertrag das Ziel gesetzt, diese Leitprinzipien durch den Nationalen Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte (NAP) umzusetzen. Sollte die umfassende Bestandsaufnahme im Rahmen des NAP im Jahr 2020 zu dem Ergebnis kommen, dass die bisher geltende freiwillige Selbstverpflichtung der Unternehmen nicht ausreicht, wird Deutschland gesetzliche Vorgaben beschließen und sich für eine EU-weite Regelung einsetzen. Neben dem Nationalen Aktionsplan sind noch weitere Regelwerke in Kraft, wie die CSR-Berichterstattungsrichtlinie.

Viele Staaten in der EU haben sich des Themas „Responsible Sourcing“, also Sorgfalt in der Lieferkette, angenommen und arbeiten selbst an einer Lösung. Dies gilt auch für Deutschland. Hier arbeitet das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) bereits an einem nachhaltigen Wertschöpfungskettengesetz (Sorgfaltspflichtengesetz). Der Vorschlag sah unter anderem persönliche Haftungspflichten für den Corporate-Social-Responsibility (CSR)-Beauftragten im Unternehmen vor.

Herausforderungen für ein globales Regelwerk

Bis heute hat es die Politik versäumt, ein einheitliches, weltweit geltendes Regelwerk zu schaffen, das ein freiwilliges und individuell anwendbares Baukastensystem ermöglicht. Die Leitsätze zur Sorgfaltspflicht (Due Diligence Guidance) der OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) könnten solch ein Rahmenwerk darstellen. Doch dabei gibt es ein entscheidendes Problem: China oder andere rohstoffreiche Staaten haben nicht dieselben Standards wie die EU, auch ist beispielsweise China kein Mitglied der OECD. Dadurch findet beim Rohstoffeinkauf ein ungleicher Wettbewerb statt. Die Politik sollte zwingend alle nötigen Ressourcen bündeln, um Einheitlichkeit zu erreichen und China und andere rohstoffreiche Staaten von dem Ansatz des „Responsible Sourcing“ zu überzeugen.

Anforderungen industrieller Abnehmer

Nicht nur die Politik formuliert Anforderungen, auch große Unternehmen aus der Automobil-, der Elektro- und anderen Industrien reagieren auf den neuen Wettbewerbsfaktor CSR. Sie fordern Zulieferer dazu auf, Transparenz in der Lieferkette zu schaffen und den eigenen Sorgfaltspflichten nachzukommen. Die Einbindung der Zulieferer spiegelt sich in steigenden Anforderungskatalogen wider. Zulieferer sind mit detaillierten Fragebögen, wie dem der Initiative Drive Sustainability, diversen Auditierungsformaten oder Entwicklungshilfeprogrammen in Ursprungsländern konfrontiert. Der Autobauer BMW erklärte bereits, bis zum Jahr 2020 volle Transparenz in der Lieferkette von Konfliktmineralien schaffen zu wollen.

Bis heute hat es die Politik versäumt, ein einheitliches, weltweit geltendes Regelwerk zu schaffen, das ein freiwilliges und individuell anwendbares Baukastensystem ermöglicht.

Was macht Mars?

Als Antwort auf die zunehmenden Anforderungen an die NE-Metallbranche und ihre Lieferketten hat die Industrie „Mars“ ins Leben gerufen. Die [Initiative Mars \(Metal Alliance for Responsible Sourcing\)](#) ist ein zuverlässiger Partner für Unternehmen, um Sorgfalt in der Lieferkette strategisch auszubauen. Zusätzlich will Mars den Dialog mit Interessengruppen wie NGOs und Politik forcieren. Ziel ist es, Unternehmen dabei zu unterstützen, eine CSR-Strategie zu entwickeln und stabile Managementsysteme zu etablieren.

Die Leitfäden der OECD und aktuelle Anforderungen, die sich aus der EU-Verordnung für Konfliktrohstoffe und aus anderen nationalen Regelwerken ergeben, bilden dabei die Basis. Die Mitgliedsunternehmen der Initiative werden zuerst aufgrund ihrer bereits implementierten Managementsysteme und Maßnahmen zur unternehmerischen Verantwortung in der Lieferkette bewertet. Daraufhin entwickelt Mars individuelle Handlungsempfehlungen, um langfristig eine solide CSR-Strategie für Beschaffungsprozesse von Rohstoffen und Mineralien zu etablieren. Dies umfasst sowohl die Identifizierung und Bewertung von Risiken bei der Beschaffung als auch Maßnahmen zu deren Minimierung. Das Augenmerk liegt auf sozialen und ökologischen Themen, wie Kinderarbeit, Mindestlöhnen, Diskriminierung und Vereinigungsfreiheit sowie Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz oder Umweltschutz bei der Rohstoffbeschaffung.

Als Mitglieder der Initiative profitieren Unternehmen in vielfältiger Weise: Die Expertise von Mars hilft ihnen, etablierte Vorgehensweisen weiterzuentwickeln und neue Maßnahmen individuell auszugestalten. So entstehen maßgeschneiderte Lösungen auf Unternehmensebene, die den zukünftigen gesetzlichen Regelwerken entsprechen. Darüber hinaus sind Unternehmen in der Lage, punktgenau den CSR-Anforderungen der Kunden zu genügen und ihrer Sorgfaltspflicht in der Lieferkette nachzukommen.



Dr. Sebastian Schiweck

ist Leiter der Metal Alliance for Responsible Sourcing (Mars).



Pia Hackert

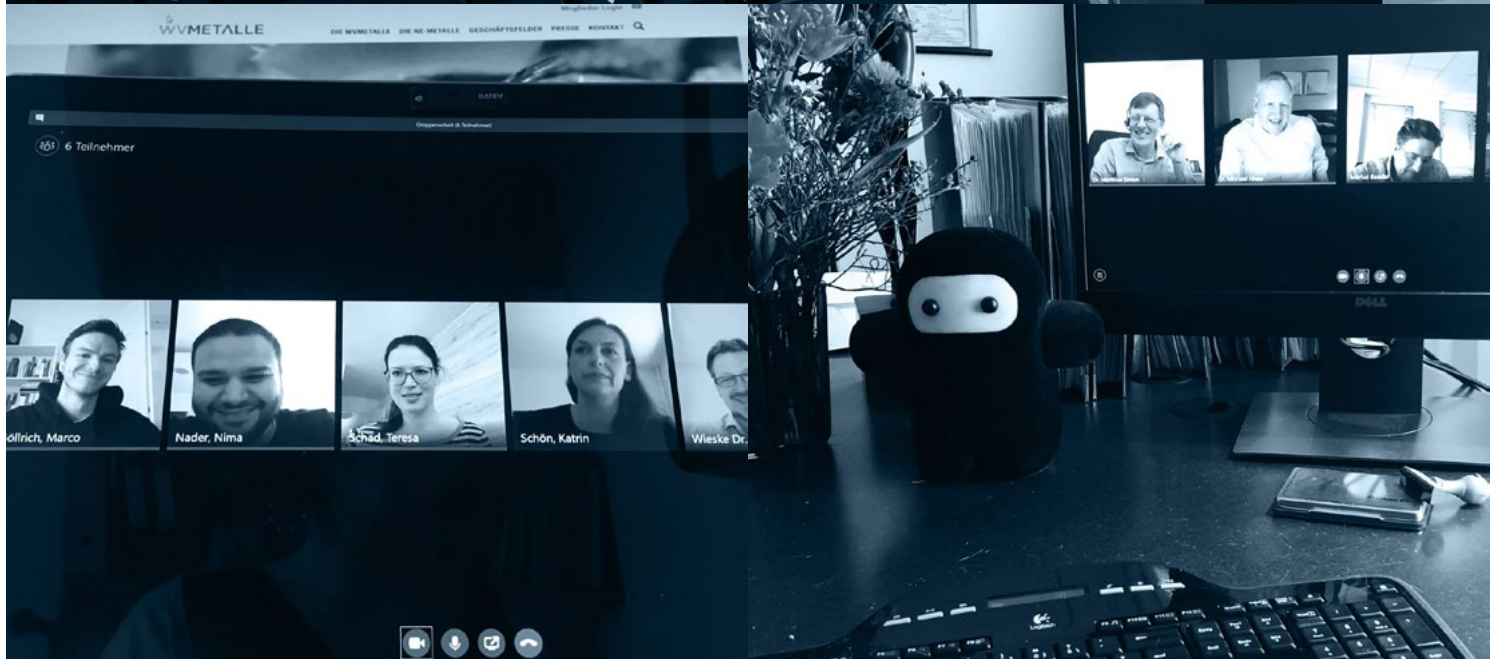
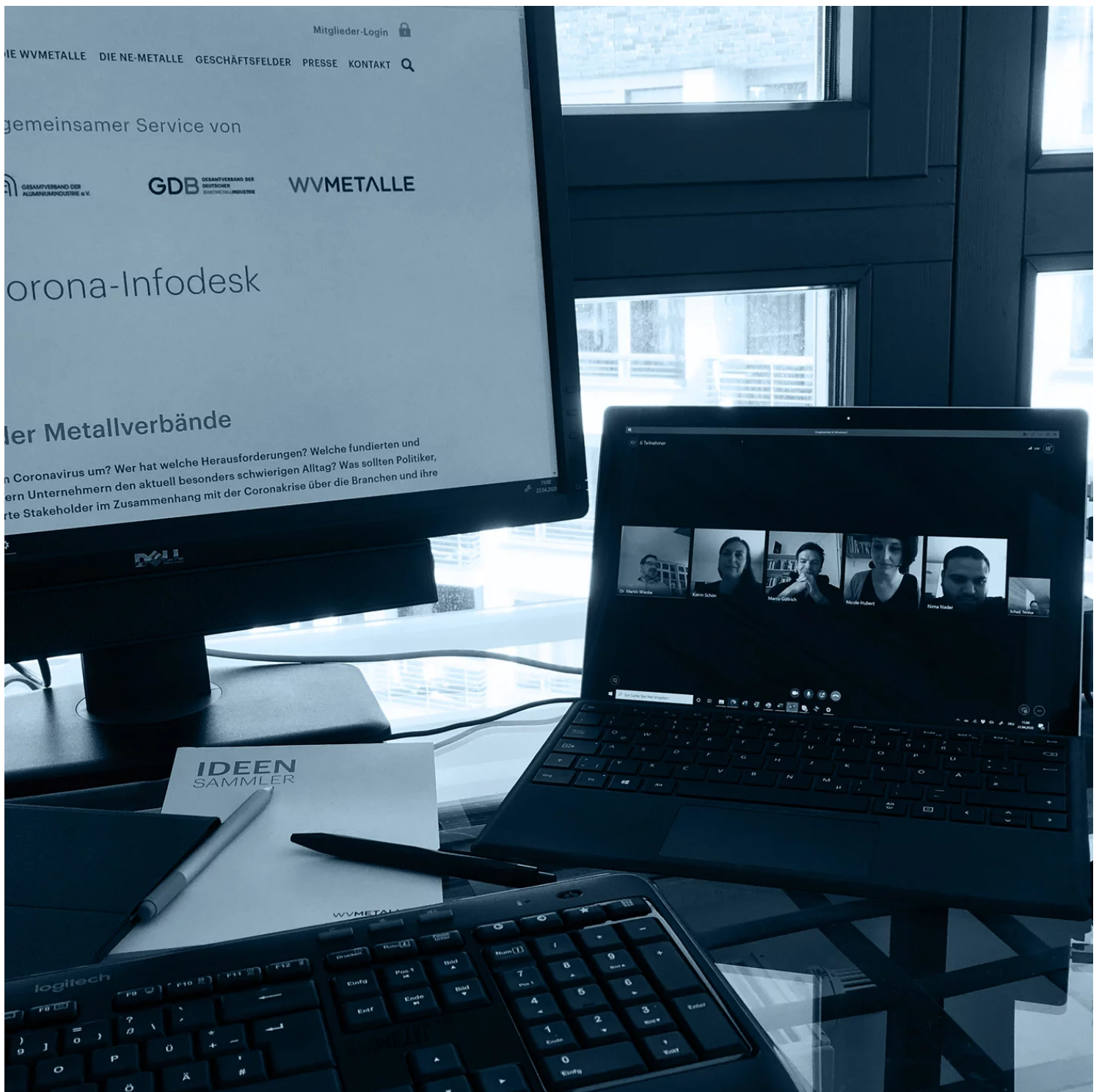
ist CSR & Sustainability Consultant der Metal Alliance for Responsible Sourcing (Mars).

Die WVMetalle in Zeiten von und nach Corona

Bleibt alles anders?

Ein Einblick in den Maschinenraum des Verbandes in Ausnahmezeiten. Was ist? Was bleibt? Was bringt die Zukunft für die NE-Metallfamilie?

„Bitte alle stummschalten!“, „Sorry für die Verspätung, hatte Probleme beim Einwählen“, „Weiß jemand, was mit dem Kollegen ... ist?“, „Man hört Dich doppelt!“. So klingt der Arbeitsalltag momentan fast überall – auch bei der WVMetalle. Inzwischen haben fast alle Mitarbeiter die Netiquette für reibungslose digitale Zusammenarbeit gelernt, jeder kennt die Bücherwände und Deckenleuchten der Kollegen und der ein oder andere freut sich insgeheim, wenn sie/ihn ab und zu ein Anruf über das gute alte Handy oder sogar Festnetztelefon erreicht. Die Corona-Krise treibt zuweilen kuriose Blüten...





Seit dem 23. März befindet sich auch die WVMetalle vorwiegend im mobilen Arbeitsmodus. Auch im Verband ist der Arbeitsalltag noch digitaler geworden. Insbesondere in den ersten Tagen waren die Mitarbeiter damit beschäftigt, Arbeitsabläufe und Kommunikationswege zu optimieren, Sitzungen und Veranstaltungen umzuplanen, neue Routinen zu etablieren.

Auch wenn die WVMetalle bereits vor der Krise in puncto mobiles Arbeiten gut aufgestellt war, brachte der vollständige Wechsel in das so genannte Homeoffice für den Verband neue Herausforderungen mit sich. Der wöchentliche Jour fixe mit den Fachkollegen findet nun ausschließlich online statt, genauso wie alle anderen internen und externen Sitzungen. Der tägliche persönliche Austausch hat sein digitales Pendant im „virtuellen Büroflur“ via Skype gefunden, zu dem sich Kollegen immer um 15 Uhr einwählen können.



Jeden Freitag finden technische Inhouse-Schulungen statt, um in kollegialer Beratung alle Mitarbeiter mit neuen Arbeitsinstrumenten vertraut zu machen. Kommunikations- und Kollaborationstools sind dabei genauso Thema wie die neue digitale Telefonanlage, die noch

kurz vor der Krise installiert werden konnte. Manchmal braucht man eben auch das nötige Quäntchen Glück!

In einzelnen Teams, wie in der Kommunikation, gibt es in diesen Zeiten besonders hohen Koordinationsaufwand. Eine tägliche kurze Morgenlage hilft bei der effizienten Abstimmung von Projekten. Ziel ist es, sowohl die Mitgliedsunternehmen als auch externe Stakeholder wie Politik, Presse und interessierte Öffentlichkeit noch schneller mit aktuellen und relevanten Informationen zu versorgen. Das fängt bei der zielgruppengerechten Kommunikation auf den unterschiedlichen (Social-Media-) Kanälen an und hört bei neuen Online-Eventformaten noch lange nicht auf. Wir sind mittendrin...

Enge Abstimmung findet auch mit den Branchenverbänden statt. Ein regelmäßiger Austausch per Skype-Konferenz ist fester Bestandteil der Arbeitswoche. Sowohl unter den Geschäftsführungen als auch auf Arbeitsebene prägt ein hohes Maß an Pragmatismus die Zusammenarbeit. In der Krise ist es wichtiger denn je, die Kräfte zu bündeln und mit einer starken Stimme Richtung Politik die gemeinsamen Anliegen zu vertreten.

So konnten bereits wichtige Projekte gemeinsam und in kürzester Zeit auf den Weg gebracht werden. Besonders erwähnenswert ist das [Corona-Infodesk](#), der gemeinsame Service von [BDG](#), [GDA](#), [GDB](#) und WVMetalle für Mitgliedsunternehmen, Politiker, Journalisten und weitere Interessierte. Die Website deckt ein breites Spektrum an relevanten Themen ab, z.B. Informationen zu Hilfsprogrammen, Gesundheitsschutz und Umweltrecht. Das Infodesk wird ständig aktualisiert und optimiert. Das Logo und der Hashtag #metallevernetzt machen die gemeinsame Initiative der NE-Metallfamilie auf allen Kommunikationskanälen sichtbar, insbesondere in den sozialen Medien auf [Facebook](#), [Linkedin](#) und [Twitter](#). Für eine eher unkonventionelle Ad-hoc-Kommunikation mit den Mitgliedern erproben die NE-Metallverbände außerdem gerade die App [Slack](#).

#metallevernetzt

Das [Corona-Infodesk](#) ist ein gemeinsamer Service von [BDG](#), [GDA](#), [GDB](#) und WVMetalle für Mitgliedsunternehmen, Politiker, Journalisten und weitere Interessierte. Die Website deckt ein breites Spektrum relevanter Themen ab, z.B. Informationen zu Hilfsprogrammen, Gesundheitsschutz und Umweltrecht. Das Infodesk wird ständig aktualisiert und optimiert.



Diese Beispiele sind nur ein kleiner Vorgeschmack auf die digitalen Optionen, die die WVMetalle in ihrer Mitgliederkommunikation und vielen anderen Bereichen der Verbandsarbeit momentan entwickelt – immer mit der Maßgabe: Digitalisierung ist kein Selbstzweck, sondern muss dem Menschen dienen, das heißt, die Leistung verbessern und den Beteiligten die Arbeit erleichtern. Bereits im Herbst 2019 hat sich die interne „Arbeitsgruppe Digitalisierung“ zusammengefunden, um diesen Prozess voranzubringen. Ein Online-Workshop mit allen WVMetalle-Mitarbeitern hat dazu bereits im April 2020 stattgefunden; im August wird ein zweiter Termin folgen, um konkrete Maßnahmen zu identifizieren und anschließend umzusetzen.

Mit ihrem Vorhaben befindet sich die WVMetalle übrigens in guter Gesellschaft: Das Magazin „Verbändereport“ hat in einer Umfrage Ende 2019 – also noch vor der Corona-Krise – Verbands-Führungskräfte um ihre Einschätzung hinsichtlich der Verbandstrends für das Jahr 2020 gebeten. **Laut Umfrageergebnis stehen folgende Themen im Fokus der Verbände:**

1. **Profil des Verbandes schärfen**
(58,3 %), Vorjahr 1. Rang
2. **Chancen der digitalen Transformation für den Verband nutzen** (50,0 %),
Vorjahr 2. Rang
3. **Presse- und Öffentlichkeitsarbeit neu denken, verstärkt soziale Medien einsetzen**
(45,8 %), Vorjahr 5. Rang
4. **Mitgliederkommunikation intensivieren**
(36,1 %), Vorjahr 4. Rang
5. **Reorganisationsprozesse im Verband anstoßen**
(31,9 %), Vorjahr 8. Rang

Quelle: Verbändereport (Ausgabe 1/2020)

Die Corona-Krise wirkt als Verstärker und Beschleuniger dieser Verbandstrends. Das ist für alle Verbände und ihre Mitarbeiter heute schon deutlich spürbar. Vieles muss neu gedacht, aber vor allem gut **durch**dacht werden. Denn die Auswirkungen der momentanen Krise können wir bisher nur erahnen. Die WVMetalle mit all ihren innovativen, kreativen und klugen Köpfen nimmt diese Herausforderung an und begreift sie als Chance, in den kommenden Monaten die richtigen Weichen für die Zukunft des Verbandes zu stellen.

Veröffentlicht im Mai 2020



Teresa Schad

ist Bereichsleiterin für
Kommunikation
und Politik.

19.20

Der Geschäftsbericht der
Nichteisen-Metallindustrie

Parlamentarischer Abend in Berlin

metals meet politics

Beim parlamentarischen Abend *metals meet politics* trafen sich Nichteisen(NE)-Metallindustrie und politische Entscheider, um über Energie-, Klima- und Europapolitik zu sprechen. Rund 200 Gäste nahmen an der Veranstaltung unter dem Motto „METALS FOR FUTURE“ teil.

Rund 200 Gäste kamen zum diesjährigen parlamentarischen Abend *metals meet politics* der Nichteisen-Metallindustrie ins Berliner ewerk am 12. Februar. „METALS FOR FUTURE“ war das Motto des Abends. Die Veranstaltung stand ganz im Zeichen der aktuellen Klimaproteste und der Frage, ob Deutschlands langjährige Vorreiterrolle in der Klimapolitik als Erfolg zu werten ist. Denn trotz großer Anstrengungen scheint in der öffentlichen Debatte der Zukunftspessimismus sehr verbreitet. Dies thematisierte auch Franziska Erdle, Hauptgeschäftsführerin der Wirtschaftsvereinigung Metalle (WVMetalle), in ihrer Begrüßungsrede. Die NE-Metallindustrie blicke mit Zuversicht und Gestaltungswillen nach vorne. „Unsere Industrie sagt „Ja“ zur Zukunft“, konstatierte Erdle. Denn die Mitarbeiter der Branche stünden in der Mitte der Gesellschaft und arbeiteten gemeinsam an einem positiven Morgen. „In unseren Unternehmen sind schlaue Köpfe, versierte Ingenieure und clevere Strategen, die jeden Tag Lösungen finden und umsetzen.“ Herausforderungen seien so geschickt zu meistern.







Bei dem nachfolgenden Panel diskutierten: Thomas Bareiß (CDU), Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Energie und Wirtschaft, der Bundestagsabgeordnete Dr. Lukas Köhler (FDP), der Experte für regenerative Energiesysteme Prof. Dr. Volker Quaschning von der Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin sowie der Bundestagsabgeordnete Bernd Westphal (SPD) und WVMetalle-Präsident Roland Leder. Im Mittelpunkt der Diskussion stand das Thema Klimaschutz. „Wir haben zwar was geschafft in der Klimapolitik, aber es ist noch viel zu wenig“, erklärte Prof. Dr. Quaschning. „Wir verstecken uns immer hinter anderen Ländern. Wir sind an sechster Stelle mit dem CO₂-Ausstoß. Lasst uns doch in Europa zusammenarbeiten!“ Das würde Deutschland gut zu Gesicht stehen. Der Parlamentarische Staatssekretär Bareiß machte in seinem Statement deutlich, dass Deutschland wesentlich besser sei als sein Ruf. Vor allem mit Blick auf den asiatischen Raum, müsse in den nächsten Jahren mit hohem CO₂-Ausstoß gerechnet werden. Daher gelte es, diese Länder auch wirtschaftlich von der Notwendigkeit und Machbarkeit des Klimaschutzes zu überzeugen. „Die Nichteisenmetall-Branche zeigt, dass es sinnvoll ist, Energie zu sparen.

Aber: Nur wenn wir diese Branche hier halten können, ergibt die Energiewende Sinn“, argumentierte er. In diesem Kontext äußerte er ein klares Bekenntnis zu Verlässlichkeit, Bezahlbarkeit und Sicherheit der Energieversorgung.



Auf die Frage nach der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen, berichtete Roland Leder von Beispielen aus der Branche. Zwar gebe es noch etwas Energie-Einsparpotenzial bei einigen Anlagen, gleichzeitig sei dies aus wirtschaftlichen Gründen jedoch nicht immer zu heben. Von der Politik forderte er vor allem Planbarkeit. Denn die Unternehmen könnten das Klimaproblem nicht allein lösen. „Wir müssen Verbündete suchen, z. B. durch bilaterale Abkommen.“ Dr. Köhler teilte in diesem Zusammenhang seine Erfahrung, dass auch andere Länder wie China und Indien Klimaschutz umsetzen wollen – aber verständlicherweise nicht auf Kosten ihres Wirtschaftswachstums.

Die Unternehmen können das Klimaproblem nicht allein lösen. Wir müssen Verbündete suchen, z. B. durch bilaterale Abkommen.

Roland Leder

Erneuerbare Energie müssten weiter ausgebaut werden, damit klimaneutrale Produktion möglich gemacht werden könne, forderte Bernd Westphal. „Der CO2-Preis wird entscheiden, ob wir die Industrie hier halten können. Deshalb brauchen wir jetzt Zuversicht und Entschlossenheit und eine Politik, die klare Rahmenbedingungen schafft.“ Am Ende der Diskussion fasste Roland Leder die Forderung der Industrie zusammen: „Klima- und Industriepolitik schließen sich nicht aus. Wir müssen das zusammenbringen!“

Veröffentlicht im Mai 2020



19.20

Der Geschäftsbericht der
Nichteisen-Metallindustrie



**Das Team für die Nichteisen-
Metallindustrie**

Rainer Buchholz

Leiter Kreislaufwirtschaft und Ressourceneffizienz

Christoph Drobinski

Interne Dienste

Susanne Eggelmann

Assistenz Hauptgeschäftsführung

Franziska Erdle

Hauptgeschäftsführerin

Dorit Ewert

Buchhaltung

Martina Gentsch

Assistenz Fachbereiche

Karsten Grundmann

Kommunikation und Politik

Pia Hackert

CSR & Sustainability Consultant Metal Alliance for Responsible Sourcing (Mars)

Nicole Hubert

Kommunikation und Politik

Nima Nader

Leiter Klimapolitik | Metalle pro Klima

Dr. Michael Niese

Geschäftsführer | Leiter Steuer- und Finanzpolitik

Randolf Pechnig

IT

Sylvia Postranecky

Assistenz Fachbereiche

Dr. Daniel Quantz

Leiter Recht | Wasser, Boden, Luft

Teresa Schad

Bereichsleiterin Kommunikation und Politik

Tobias Schäfer

Leiter Europabüro | Europäische Stoffpolitik

Dr. Sebastian Schiweck

Leiter Handels- und Rohstoffpolitik | Verkehrs- und
Zollpolitik

Leiter Metal Alliance for Responsible Sourcing (Mars)

Katrin Schön

Kommunikation und Politik

Michael Schwaiger

Leiter Energiepolitik | WVMplus 2.0

Monika Setzermann

Bereichsleiterin Finanzen | Personal | Interne Dienste

Liza Sokolowska

Interne Dienste

Dr. Martin Wiese

Leiter Arbeits- und Gesundheitsschutz